

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
Fernsprecher: Amt 1. Nr. 1508.

Dienstag, den 5. August 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
Fernsprecher: Amt 1. Nr. 5121.

#### Hoch- und Landesverrat für Parteizwecke.

II.

In einer 1888 erschienenen Schrift „der Einfluß Frankreichs auf die preussische Politik und die Entwicklung des preussischen Staates“ von Bruno Bauer stellt der Verfasser altentworfene Bündnisse, Verträge etc. fest, welche das Haus Brandenburg direkt oder indirekt mit Frankreich zum jeweiligen Schaden des Deutschen Reiches eingegangen ist. Die Schrift ist offenbar von der entgegengesetzten Tendenz beherrscht wie das Werk Drozjens, aber wenn auch die Darstellung angefochten werden kann, so sind die Thatsachen, die sie aufzählt, doch nicht zu bestreiten. Greifen wir zur Erhellung unres Thema einige heraus.

**1551:** Der Bruder des regierenden Kurfürsten von Brandenburg, der Markgraf Johann von Küstrin, verbündet sich 1551 mit dem Markgraf Albrecht von Brandenburg-Kulmbach, dem Kurfürst Moriz von Sachsen und mehreren andern protestantischen Fürsten gegen den Kaiser Karl V. Albrecht von Brandenburg leitete für dieselben die Verhandlungen mit dem französischen Könige Henri II. Es kam zu einem Vertrage, auf Grund dessen die betreffenden Fürsten dem Könige von Frankreich für seine Unterstützung das Recht auf die Besetzung der Städte Metz, Toul, Verdun und Cambrey zusprachen. Folge: Diese wichtigen Städte gehen an Frankreich verloren, die religiöse und politische Spaltung Deutschlands wird zur unabänderlichen Thatsache.

**1609:** Die protestantische „Union“, der u. a. die Markgrafen Christian und Joachim Ernst von Brandenburg (fränkische Linie) angehörten und der am 3. Februar 1610 auch der Kurfürst Johann Sigismund von Brandenburg beitrug, wenden sich in der Streitfrage um die jüdische Erbfolge um Hilfe an den König Henri IV. von Frankreich. Dieser sendet Subsidien und Hilfstruppen, mit deren Unterstützung die „Union“ die jüdischen Länder in Westphalen in deutsche Angelegenheiten geschaffen. Andererseits lassen nunmehr die Hohenzollern auch in Westphalen feste Fuß.

**1631:** Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg schließt 1631 (21. Juli) mit dem mit Frankreich verbündeten König Gustav Adolf von Schweden ein förmliches Bündnis gegen das Oberhaupt des Deutschen Reiches.

**1643:** Frankreich vermittelt am 19. Oktober 1643 einen Vertrag, kraft dessen die bis dahin noch immer von den Hessen und Holländern in den Niederländischen Ländern besetzten Plätze dem Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg übergeben wurden.

**1648:** Frankreich tritt bei den westfälischen Friedensverhandlungen zu Gunsten Brandenburgs auf, als es sich um die Entscheidung desselben für den an Schweden überlassenen Teil Pommerns handelt.

**1656:** Der Kurfürst geht im Juli 1656 ein Bündnis mit Frankreich ein, durch welches ihm — außer Subsidien — die Garantie seiner Provinzen am Rhein und der Mosel zugesichert wird.

**1658:** Kurfürst Friedrich Wilhelm stimmt nach dem Tode des Kaisers Ferdinand III. (2. April 1657) auf Wunsch Mozarins im Interesse Frankreichs für die von dieser Macht gewünschte Beschränkung der politischen Aktionsfreiheit des kaiserlichen Kaisers.

**1661:** Der Kurfürst Friedrich Wilhelm tritt 1661 dem am 15. August 1659 zu Mainz zwischen Frankreich, Schweden und mehreren Reichsfürsten — im Interesse der erstgenannten Macht abgeschlossen — hergestellten „Rheinischen Bündnisse“ bei.

**1679:** Am 19. Juni 1679 wurden in einem — neben dem Frieden von St. Germain en Laye abgeschlossenen — geheimen Vertrage dem Kurfürst seitens Frankreichs auf mehrere Jahre Subsidien zugesichert.

**1680:** Der Kurfürst trägt 1680 Louis XIV. ein Bündnis an [das dieser aber geringfügig ablehnt].

**1682:** Am 12. Januar 1682 ging Friedrich Wilhelm mit Frankreich ein Bündnis ein, dessen Bestimmungen waren:

„Frankreich solle von weiteren Reunions [deutscher Gebiete] Abstand nehmen; das bereits in Besitz genommene [Strasbourg am 29. September 1681!!!] aber behalten. Der Kurfürst sollte sich bemühen, den Frieden [auf dieser Basis] zwischen Ludwig XIV. und dem Deutschen Reiche nach Kräften zu erhalten. Dafür zahlte Frankreich Subsidien zur Unterhaltung des Brandenburgischen Heeres.“

Was Frankreich jedesmal bei diesen Abmachungen und Verhandlungen im Auge hatte, liegt auf der Hand: die Spaltung und dadurch steigende Schwächung des Deutschen Reiches, die Erlangung der Oberherrschaft in Europa, was für damals die Welt Herrschaft hieß. Daß es nicht jedesmal die Stappe erreichte, die es gerade im Auge hatte, ändert an der Natur dieser Bündnisse für unsre Frage nichts. Von seiten Brandenburgs und der Hohenzollern waren und blieben sie Unterstützungen einer dem Deutschen Reich feindlichen Macht. Und thatsächlich war im ganzen das Ergebnis eine große Förderung der Zwecke Frankreichs, eine Festigung der Verhältnisse Deutschlands. Es selbst enthielt mit Frankreich aufzunehmen, konnte den brandenburgischen Herrschern damals nicht in den Sinn kommen, und wenn etwa dem großen Kurfürsten derartiges für die Zukunft vorschwebte, so waren seine Maßnahmen für den gegebenen Moment doch thatsächlich Reichsverrat. Ebenso die entsprechenden Maßnahmen seiner Nachfolger, denn die Pakte mit Frankreich zum Schaden der kaiserlichen Macht in Deutschland hörten mit dem Kurfürst Friedrich Wilhelm II. keineswegs auf. Betont seien hier noch die Bündnisse Friedrich II. bei Gelegenheit der Kriege um Schlesien

mit Frankreich. — Ich glaube, ich werde euer Spiel spielen, bekomme ich die Ah so teilen wir“, sagte Friedrich II dem französischen Gesandten beim Abmarsch in den ersten schlesischen Krieg. — sowie die Preisgabe deutscher Interessen 1802 und 1805 gegenüber Bonaparte. Es ist auch keine Abschwächung des sachlichen Charakters dieser Handlungen, daß die Gegner Brandenburg-Preußens es oft nicht besser machten. Nicht die Motive, nicht die schließlichen, weltgeschichtlichen Ergebnisse sind hier in Frage, sondern lediglich der Punkt, ob Hoch- oder Landesverrat zu politischen Parteizwecken vorlag oder nicht. Und daß auf diese Pakte alle Kriterien des Hoch- und Landesverrats zutreffen, läßt sich gar nicht bestreiten. Daß Frankreich oder vielmehr die herrschlichsten französischen Gewaltthäter schließlich geschichtlich die Geopfertten waren, ist eine sehr erfreuliche Thatsache, hätte aber nicht unbedingt eintreten müssen. Die Verhältnisse zur Zeit, wo jene landesverräterischen Pakte geschlossen wurden, liehen diesen Ausgang nicht voraussehen. Die Schaffung der preussisch-hohenzollerischen Hausmacht ist das Werk fortgesetzten Hoch- und Landesverrats.

Wacht man das sittliche Urteil über solche Pakte oder ähnliche politische Maßnahmen von dem Ziel abhängig, in dessen Interesse sie unternommen werden oder von der Wirkung, die sie in letzter Instanz zur Folge haben, so begiebt sich gerade der heutige Ordnungsmensch auf die schiefe Ebene, bei der alles das, was Kantisch angeblich empfohlen haben soll, in zehnfaß verstärkter Potenz als gerechtfertigt, ja höchst lobenswert erscheint. Es geht nicht an, über den landesverräterischen Socialdemokraten zu schimpfen und die weitsichtigen Fürsten aus dem Geschlecht der Hohenzollern zu verheerlichen. Denn unzählige Male sind es gerade die kritischen Situationen des Deutschen Reiches gewesen, welche jene Fürsten ausnutzten, ihre Zwecke, gleichgültig ob selbstsüchtig oder ideal, zu fördern. Indes dürfen unsere Gegner beruhigt sein. Wenn in früheren Epochen nicht nur die Fürsten, sondern auch der Adel und das Bürgertum (vorüber ein andermal) die logischen Vorstellungen in Bezug auf Landestreu hatten, so kennzeichnet es gerade die moderne Entwicklung, daß in den großen Krisen der Nationen das nationale Interesse nirgends stärker gesichert war, als bei der revolutionären Demokratie. Das war schon in der großen englischen Revolution der Fall, wo die radikalste Partei, die der Independenten, zugleich auch die nationalste oder sagen wir lieber Landestreueste war; und das zeigte sich von neuem in der großen französischen Revolution. Die Entwicklung, die sich seitdem vollzogen, wird es verhindern, daß sich der revolutionäre Patriotismus zum Jingoismus oder Chauvinismus auswächst, die socialistische Arbeiterdemokratie wird in dieser Hinsicht nicht in die Fußstapfen des weiland revolutionären Bürgertums treten.

Ed. B.

#### Politische Ueberblick.

Berlin, den 4. August.

##### Das Panama der Polenpolitik.

Während die Galatistenpresse zuerst den „Fall Löbning“ mit unfauberen Andeutungen und flachen Spott behandelt hatte, ist über Nacht der Kriegsplan geändert worden. Man hat jetzt eingesehen, daß die Reichserhaltungsschrift des Posenen Steuerdirektors den elenden Zusammenbruch der Polenpolitik bedeutet, einen Zusammenbruch in Gelächter und Abscheu! Darum sucht man zu retten, was zu retten ist, und ist bereit, der aufgeregten öffentlichen Meinung ein Opfer zu schlachten: Der arme Rheinbaben wird in die Wüste geschickt, weil er so unvorsichtig die Geheimnisse des Germanisierens preisgegeben.

Die vom Galatistenverein abhängigen Berliner Reuesten Nachrichten sind es, die das Ablebnungsgefecht gegen den preussischen Finanzminister eröffnen. Sie entrißten sich über das Schweigen des „Staats-Anzeigers“ und der „Verl. Korrespondenz“, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ habe es sogar fertig gebracht, die Angelegenheit bisher mit keiner Silbe zu erwähnen. Dieser leyttere Umstand

legt die Annahme nahe, daß der Regierung die Förderung sehr unangenehm ist, und daß, wie zu erwarten ist, Graf Bülow, wahrscheinlich auch wohl der Kaiser, Bericht eingefordert haben. Man wird sich im Lande schwerlich vorstellen können, daß ein derartiger, weit über die Grenzen Frankreichs und Deutschlands hinaus erregender Fall etwa als ein Internum eines „Reffort“ behandelt werden könne. ... Herr Löbning war nicht etwa ein schlechter Steuerdirektor, sondern galt als tüchtiger Beamter. ... Es handelt sich da um allgemeine Grundsätze, die nicht der Reffortchef, sondern die der leitende Staatsmann zu verantworten hat, wobei wir freilich bezweifeln, daß Graf Bülow geneigt sein wird, solche Auffassungen der Öffentlichkeit gegenüber zu vertreten.“

Die Pensionierung Löbning wird geradezu für „ungefährlich“ erklärt und sogar das „Voll“ zu Hilfe gerufen, das nicht dazu da sei, für derartige unmotivierte Pensionierungen Steuern zu zahlen. Das Blatt meint, Bülow werde schwerlich mit Rheinbaben einverstanden sein. Wenn aber solche Auffassungen nicht die feinsten sind, wie angenommen werden darf, so legt dieser Umstand von neuem die dringende Notwendigkeit nahe, für eine Einheitslichkeit im Staatsministerium zu sorgen und zu verhindern, daß der leitende Staatsmann Grundsätze und Auffassungen zu vertreten hat, die nicht die feinsten sind, oder, was ebenso wenig erwünscht sein kann, daß er derartige gravierende Dinge, die ohne ihn nicht entschieden werden sollten, erst erfährt, wenn es zu spät ist, seinen Einfluß dabei einzusetzen.“

Schließlich erinnert das Blatt daran, daß einer der hervorragendsten Amtsvorgänger Rheinbabs, der Finanzminister Rothbar, vom gemeinen gelden Reiter über den Kalkulator hinweg sich empor gearbeitet habe.

Dieser plötzliche Entlastungsartikel ist keineswegs ernstlich gemeint, er ist nur ein durchsichtiges taktisches Manöver. Die furcht-

bare Bloßstellung des ganzen Systems soll als der individuelle Schuldiger eines ungeschickten Ministers erscheinen.

Man hat offenbar dringenden Anlaß, die Angelegenheit schleunigt auf einen persönlichen Gehirf eines gleichgültigen Ministers abzuleiten. Denn schon verlautet, daß die Schrift Löbning nur ein erster Schuß sei. Die „Volkszeitung“ kündigt bereits weitere Enthüllungen zum Panama der Osmaritenpolitik an. So habe Löbning zwei Pakete anonym Briefe erhalten, die eine verblühende Ähnlichkeit mit den Handschriften der Gemahlinnen eines höheren Beamten und eines höheren Offiziers aufweisen.

Mag Herr Rheinbaben immerhin geopfert werden, an dem System ist nichts mehr zu retten! Die Germanisierungspolitik des allerneuesten Kurzes ist für immer der Schande und dem Hohn verfallen. —

#### Thielens Erbschaft.

Die von uns eingehend besprochenen Veröffentlichungen des Vereins für Socialpolitik über die Verhältnisse der unteren Beamten und Arbeiter der preussischen Staats-Eisenbahn-Verwaltung müssen im Eisenbahn-Ministerium doch einigen Eindruck gemacht haben. Ramentlich hat die Enthüllung über die statistische Lichtscheu Thielens, der sich geweigert, für die Untersuchung des Vereins Material herzugeben, den Nachfolger Budde unangenehm berührt. So versucht er denn die belastete Erbschaft Thielens halb und halb zu verleugnen. Er will es nicht wahr haben, daß Thielens den Antrag des Vereins ohne Gründe abgelehnt habe; er habe vielmehr auf die — Veröffentlichungen der Eisenbahn-Verwaltung und des Stats hingewiesen. Auch ein Grund! Man weist Leute, die größere Klarheit gewinnen wollen, auf Veröffentlichungen hin, deren Unzulänglichkeit gerade die Notwendigkeit neuer Untersuchungen veranlaßt hat.

Sucht Herr Budde so seinen Vorgänger scheinbar herauszuhalten, indem er ihn preisgibt, so bekennt auch er, daß er seinen Flug in Dämmerung und Nacht zu unternehmen für geraten hält. Es sei „damals schon von verschiedenen Seiten anerkannt“, daß derartigen Erhebungen, selbst wenn sie unter der Führung eines so angesehenen Vereins wie des „Vereins für Socialpolitik“, dem auch hohe Beamte des Arbeitsministeriums und der Staats-Eisenbahn-Verwaltung angehören, veranstaltet werden, mancherlei nahe liegende Bedenken bestehen darin, daß das Eisenbahnministerium sehr wohl weiß, daß der Säleier von den Arbeitsverhältnissen nicht hinweggezogen werden kann, ohne daß alle Welt sich entsetzt über die Zustände. Darum müssen sie gnädig in Nacht und Grauen verhüllt werden.

Aber Herr Budde hat trotz seiner Vorliebe für die ewige statistische Dämmerung doch ein warmes Herz. So versichert denn die ministerielle „Verl. Korresp.“, daß der Minister „stets darauf bedacht“ sei,

„die sociale Lage der zahlreichen Beamten und Arbeiter seiner Verwaltung nach Möglichkeit zu verbessern. Er wird zweifellos Anlaß nehmen, die weiteren Anregungen auf diesem Gebiete die die Zimmermannsche ebenso von existenz Wohlwollen für die Eisenbahndiensteten, als von aufrichtiger Anerkennung der Leistungen der Eisenbahnen gerade auch auf socialen Gebiete, erfüllte Abhandlung schon bei flüchtiger Durchsicht bietet, auf das eingehend zu prüfen.“

Herr Budde scheint sich zunächst von seinem Vorgänger dadurch zu unterscheiden, daß er gegenüber der Thielenschen Schneidigkeit es vorzieht, zunächst es mit schönen Worten zu versuchen, denen die schönen Thaten vermutlich „nach Möglichkeit“ folgen, das heißt, da sie unter der Ueberdau- und Sparwirtschaft „unmöglich“ sind, ausbleiben werden! —

#### Englische Schlaglichter.

London, 2. August. (Fig. Ver.)

„Ist die Stagnation Englands zu Ende oder nicht?“ Diese Frage beschäftigt gegenwärtig die englischen Freiheitsfreunde, aber es ist nicht leicht, sie mit einem Ja oder Nein zu beantworten. Es sind Anzeichen vorhanden, daß eine gewisse Bewegung eingetreten ist, die Gleichgültigkeit und die sittliche Verkommenheit sind indes viel zu stark, um zu einem unnahigen Optimismus Anlaß zu geben. Die moralische Schloßheit der herrschenden Massen Englands ist eine unbestreitbare Thatsache. Das Vorwärtstreben durch eine besondere Kraftentfaltung gilt als vulgar und eines Gentleman nicht würdig. General Jan Hamilton, der im Zuge nach Victoria den rechten Flügel, die berittene Infanterie, kommandierte hatte, sagte vor der Militärkommission aus, daß in Offizierskreisen die Strebsamkeit als eine Unsitte gebrandmarkt werde. Und erst vor einigen Tagen wurde ein höherer Offizier, der sich durch militärische Studien besonders ausgezeichnete, von seinen Kollegen regelrecht durchgeprügelt. Die Klage über die Welt- und Spielfucht des Volkes ist allgemein. Sogar die „Fortnightly Review“ giebt dies zu. Beträubend wirkt auch der Umstand, daß in dem gewerkschaftlich am besten organisierten Durham die schlimmsten Verbrechen vorkommen. Auf seiner Rundreise zur Abhaltung von Geschworenengerichten in der Grafschaft Durham sagte der Richter Grantham: „Die Leute von Durham zeigen hohen Mut im afrikanischen Kriege und ich nahm an, sie würden auch moralisch auf einer hohen Stufe stehen. Allein ich muß zugeben, daß die Grafschaft einen Mangel an moralischem Mut und ein Vorhandensein von Degradation zeigt; die vielsiecht beipflichtet sind. Schuldig daran sind offenbar die schweren Arbeiten in den Kohlengruben und die schlechten Unterhaltungen. Die Unternehmer mühten für das geistige Wohl der Arbeiter mehr

#### Die Insertions-Gebühren

beträgt für die sechsgepostete Kolonne jeite oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphen-Adressen: „Socialdemokrat Berlin“

forgen und ihnen edlere Vergnügungen bieten, denn die Arbeiter sind es, die den Reichtum schaffen."

Nächster Grantkam ist ein Utopist. Und derartige Utopisten giebt es in England gar viele unter den gebildeten Schichten. Vorige Woche ließ ein sehr bekannter liberaler Redner, der 75 jährige Hodgson Pratt, sich als Mitglied der Socialdemokratischen Föderation aufnehmen. Er hat mindestens 50 Jahre seines Lebens in den ideologischen und den verschiedensten fortschrittlichen Bewegungen Englands verbracht und sie mit Geld und in Wort und Schrift unterstützt. Bei seinem Lebensende kam er zur Ueberzeugung, daß nur der Socialismus die Gerechtigkeit und die Menschenfreiheit bringen könne. Er hatte den Mut seiner Ueberzeugung und schloß sich der revolutionärsten Organisation an.

Gestern wurde Schadleton zum Abgeordneten für Clitheroe bestimmt. Die Presse faßt diese Wahl als ein politisches Ereignis ersten Ranges auf. Der "Daily Telegraph" spricht schon von dem Anfang der modernen Chartistenbewegung.

Dagegen befand sich Sidney Webb vorgestern auf einer Tribüne mit Lord Rosebery, der in einer längeren Rede für den liberalen Imperialismus eintrat.

Robert Blatchford, der Redacteur des vielgelesenen socialistischen Wochenblattes "Clarion", gab kürzlich eine mächtige Agitationsbrochure heraus, die den Titel "Britain for the British" trägt. Blatchford, der mich oft an William Cobbett erinnert, ist kein Theoretiker. Abstraktionen sind nicht seine starke Seite. Aber in direkter, schlüssiger Beweisführung, an Verständnis für die unmittelbaren politischen Bedürfnisse der englischen Arbeiterklasse ist er unübertrefflich. Und es ist ein gutes Zeugnis für seine Gradheit und seinen klaren Verstand, daß er den Massencharakter der Gesellschaft begriffen und ihn in seiner wuchtigen Sprache ausgedrückt hat. Die Broschüre wurde in einer Auflage von 100 000 Exemplaren gedruckt und wird massenhaft abgesetzt.

John Burns war neulich von den Bergarbeitern von Northumberland eingeladen, in einer Demonstration zu sprechen. Er fuhr zur Demonstration und hielt eine socialistische Rede, die sogar von der socialdemokratischen "Justice" gelobt wird.

Auch in der Socialdemokratischen Föderation macht sich die Ueberzeugung geltend, daß die organisierten Arbeiter langsam aufwachen. Es ist hier nicht der Platz, sich mit der Taktik der Socialdemokratischen Föderation zu beschäftigen. Das geschieht in der "Justice", und diese Diskussion wird mit aller Energie fortgesetzt werden, bis sie die Genossen zum Nachdenken gebracht hat.

## Deutsches Reich.

### Zölle auf Handwerkszeug.

Eine Verteuerung des Handwerkszeugs der Näherin und Hausfrau hat der Centrumsabgeordnete Dr. Spahn in der Zolltarif-Kommission beantragt. Der bestehende Zoll belegt den Doppelcentner Nähadeln mit 60, ebenso Nähmaschinen-Nadeln mit 60 M., andre Nadeln mit 24, unpolierte Spinnadeln mit 15, andre Nadeln und Angelhaken mit 24 M. Der Zolltarif-Entwurf schlägt demgegenüber erhebliche Erhöhungen vor: danach sollen Nähmaschinen-Nadeln, ebenso Strickmaschinen- und Wirkmaschinen-Nadeln mit 200 M., Strickmaschinen-Nadeln, andre Nadeln und Angelhaken mit 30 M. verzollt werden. Diese Sätze genügen aber dem Abgeordneten Dr. Spahn nicht. Er beantragt für Nähadeln einen Zoll von 200, für Nähmaschinen-, Strickmaschinen-, Strick- und Wirkmaschinen-Nadeln 1000 M., für Stricknadeln, andre Nadeln und für Angelhaken 60 M. Zoll pro Doppelcentner!

Ein netter Freund des Mittelstandes!

**Wilhelms II. Auslandsfahrt.** Der Kaiser ist nach Reval gefahren, um mit Vätern zusammen zu treffen. Graf Bülow ist zum decorativen Kusspuß des Besuches mitgenommen worden. Es wird auch eine Flottenparade stattfinden.

**Politisch sind derlei Wiffen bedeutungslos.** Diese ist nicht einmal von familiärem Interesse. Dem die persönlichen Beziehungen Wilhelms II. und Nikolass II. haben bisher im wesentlichen darin bestanden, daß der Zar eine bemerkenswerte Fähigkeit entwickelte, mit dem deutschen Vater nicht zusammenzutreffen.

**Das Ende der Legislaturperiode des Reichstags.** Vor einiger Zeit ging die Nachricht durch die Blätter, die Regierung beabsichtige, um Zeit für den Zolltarif zu gewinnen und ihn den Wahlen zu entziehen, die Legislaturperiode nicht fünf Jahre nach den Wahlen, sondern nach dem Termin der ersten Einberufung des 1898er Reichstages endigen zu lassen. Der parlamentarische Bericht der Reichstagsfraktion hatte auf diesen Plan hingewiesen. Jetzt entschließt sich nun die "Nordd. Allg. Ztg." zu folgender Anmerkung: "Es dürfte dem 'Vornwärts' schwer fallen, nachzuweisen, wann und wo die Regierung die 'Frage' betreffs der Dauer der Legislaturperiode des Reichstags aufgeworfen hat."

Soll das heißen, daß der Plan nicht besteht und nicht bestanden hat? —

### Klerikale Rache.

Eine überraschende Meldung kommt aus Mühlhausen; dort war es gelungen, bei den letzten Gemeindevahlen die Klerikale Herrschaft zu stürzen und durch eine liberal-socialdemokratische Mehrheit zu ersetzen, die durch ein Kartell der Socialdemokratie und der bürgerlichen Linken erzielt wurde.

Jetzt haben nun plötzlich zehn der bürgerlichen Kartellleute ihre Ämter niedergelegt, indem sie als Hauptgrund angeben: "Die ausgesprochene Tendenz einer Anzahl demokratischer Gemeinderäte, eine die Interessen der Stadt und das Ansehen des Bürgermeisters in gleicher Weise schädigende Reberregierung einzurichten zu wollen."

Außerdem werden allerlei persönliche Konflikte lächerlicher Art als Gründe der Demission vorgeführt. Den wirklichen Grund aber hat wohl die bürgerliche "Straßburger Post" zutreffend angegeben, die von einem allgemeinen gesellschaftlichen und geschäftlichen Boykott der liberalen kleineren Fabrikanten, Fabrikdirektoren und Kaufleute durch die über den demokratisch-socialistischen Sieg wütende Großindustrie erzählt. Die tapferen Liberalen spielen also die Komödie der entrüsteten Demission, um den Jörn der Besiegten zu säufügen.

Nun, die Socialdemokraten bedürfen dieser liberalen Namen nicht; hoffen wir, daß das Proletariat die feige Flucht mit socialdemokratischen Nachwohl-Erfolgen beantworten werde! —

### Eine Langfinger-Hochschule in der Wohlfahrtskolonie.

Aus Essen wird uns berichtet: Wiederholt gingen Notizen durch die Blätter, aus denen zu schließen war, in Essen, dem Königreiche Krupp, müsse eine "Hochschule" für Langfinger eingerichtet sein. Natürlich wurden solche Nachrichten immer demüthet. Es wäre doch zu blamabel, wenn im Kruppischen Wohlfahrtsreiche, wo die Arbeiter nach Schilberung der verpflichteten Presse ein wahres Entleben führen müßten, eine Hochschule von Verbrechern sich hätte entwickeln können. Und doch ist es sol und die Verbrecherschule befindet sich auf einer Kruppischen — Wohlfahrtskolonie! Die ältesten Paläste der Kruppischen Villenkolonien bestehen aus ungeheueren Holzgebäuden, in denen in kleinen Wohnungen

dicht gedrängt meist die am schlechtesten gelohnten und änderreichsten Arbeiterfamilien wohnen. Daß das enge Zusammenwohnen in mangelhaften Wohnungen demoralisierend auf die heranwachsende Jugend wirkte, braucht nicht zu verwundern. Wie aber die Jugend auf der Kruppischen Kolonie verwaht, zeigen folgende Thatsachen: Nach der Eingemeindung Kleindorfs zu Essen kam auch die besagte Kolonie unter Aufsicht der Essener Polizei. Diese fand Merkmale, die schließen ließen, daß die Kolonie der Wohnort vieler Taschendiebe sein müsse. Die Polizei obschriebte schärf und konnte in wenigen Wochen ca. 70 Zwickbuben aus der Kruppischen Wohlfahrtskolonie heraushehlen! Es sind fast lauter junge Burschen, die dort bei ihren Eltern wohnten. Vor einigen Wochen ist von den Burschen, die übrigens gefürchtet sind und besonders in der Dunkelheit das Passieren der Kolonie nicht rätlich erscheinen lassen, ein Polizeibeamter ohne die geringste Veranlassung scheinlich mißhandelt worden.

Von dem Skandal dringt nichts in die Öffentlichkeit. Wohl um das Renommee der Kruppischen Villenkolonien nicht zu gefährden, schweigt sich die gesamte ordnungstrenne Presse darüber aus. —

### Ultramontane Moral.

Aus München, 3. August, wird uns geschrieben: In unserem Stadtparlament beantragte kürzlich der ultramontane Gemeindevorstand, Stadtvorordnete Herrmann, die Wiedereinführung von Bordellen, um die Straßen von den Prostituierten zu säubern. Besonders warm befürwortete diesen Antrag der Ultramontane Pränzipal, der sich in heftigen Ausfällen gegen die Socialdemokratie erging, die mit ihrer Proklamtion der freien Liebe zum Teil mit Schuld an der Prostitution auf der StraÙe sei.

Als Antwort auf diese einseitigen Angriffe und zur Kennzeichnung des ultramontanen Zugschuldes druckt nun unser Münchener Parteiblatt folgenden ihm zur Verfügung gestellten Originalbrief ab:

Euer Wohlgeborener!

Ich offeriere Ihnen ein schön möbl. Zimmer mit eigenem Eingang bei gebildeter Familie dem Hausbesitzer selbst zum Preise von 13 Mark monatl. Vollkommen ungestört, Sie können im Zimmer auch bezüglich aller Besuche bei Tag und Nacht thun was Ihnen immer beliebt. Von Morgens 6 bis Abends 9 sind Sie fast ausschließlich allein in unserer Wohnung des 1. Stockes, da wir uns während dieser Zeit Partee beim Geschäfte aufhalten. Kleinlicher aufmerksam, Bedienung dürfen Sie sich versichert halten. Ein stud. Mediziner der 2 Jahre bei uns wohnte ließ sich von mir des Nachts wenn er angeheitert nach Hause kam, häufig ausziehen, oder des Morgens wenn ich zur Ueberbringung seines Kofes und Schuhe in Zimmer kam im Uebermüde die Strümpfe anzuziehen. Ich führe das nur an, daß Sie nicht glauben, Sie würden, weil beim Hausbesitzer, bei recht überspannten Leuten Wohnung nehmen, wo Sie bezüglich Ihrer Bedienung vernachlässigt würden. Fünf Minuten näher der mediz. Gebäude erhalten Sie so schönes Zimmer nicht unter 18—20 M.

Hochachtung

J. Bräutigam, Hausbesitzer, Gollertstr. 17.

Man sieht diese Merkmalen, die als "Politiker" so wild und ungebärdig scheinen, sind als Hausbesitzer und Zimmervermieter eine überspannten Menschen — bei Tag und Nacht! —

## Ausland.

### Der Kulturkampf in Frankreich.

Am Sonntagnachmittag sammelten sich die Socialisten auf der Place de l'Hotel de ville und der Place du Pantheon, um auf der Place Maubert vor dem Deikal des von der Kirche verbrannten Freidenkers Etienne Dolet eine Kundgebung zu veranstalten. Die Manifestanten, deren Zahl auf etwa 2000 geschätzt wurde, riefen "Nieder mit den Pfaffen" und empfahlen den verfolgten "Schwestern" sich zu verheiraten. Das Halten von Reden wurde nicht gestattet.

Nach der Kundgebung veranstalteten die Teilnehmer eine Versammlung, in welcher der Deputierte Toussaint erklärte, beim Wiederzusammentritt der Deputiertenkammer werde er die Aufhebung aller Kongregationen und die Kündigung des Konfessionsbuchs beantragen.

Marineminister Pelletan hielt in Marseille eine Rede, in welcher er ansprach: Der ewige Feind sei der Merikalismus, welcher alle Verfassungskünste anwende. "Wir werden," so schloß der Redner, "nicht nach Kanossa gehen, und werden nicht verpassen, daß wir die Welt gegen religiöse Phantome erobern und die Menschheit mit der Freiheit beschenken haben."

Von den Meldungen über Klerikale Rebellionen in der Provinz seien verzeichnet:

**Firminy (Dep. Loire).** Unmittelbar nachdem ein Polizeikommissar an der hiesigen Kongregations-Niederlassung die Siegel angelegt hatte, brach der Pfarrer die Siegel ab, indem er erklärte, er sei Eigentümer des Hauses. Sodann schlug eine Frau dem Kommissar ins Gesicht. Der Pfarrer und die Frau wurden verhaftet.

**Chambéry.** Da die Schulschwester von Harnotherserwoleg sich weigerten, die Thür der Anstalt zu öffnen, ließ die Polizei die Umgebungsmauer niederreißen. Der Regierungskommissar drang hierauf in die Schule ein und ließ die Schwestern entfernen.

**St. Chamond (Loire).** Auf dem Hofe des katholischen Vereins wurde eine von etwa 2000 Personen besuchte Protestversammlung gegen die Schließung der Schulen abgehalten. In der Straße fand eine Gegenkundgebung statt. Es kam zu Zusammenstößen zwischen beiden Parteien, wobei drei Personen leicht verletzt wurden.

Zu Kundgebungen kam es bei Schließung der Schulen in den Departements Loire, Loire, Tarn, Ardèche, Baucluse und in mehreren Gemeinden des Arrondissements Roanne gegen die Regierungskommissare. In Sienne (Loire) mußte der Regierungsvortreter angesichts der feindseligen Haltung einer Gruppe von etwa 400 Personen, welche Steine gegen die Gendarmen schleuderten, das Feld räumen, ohne seinen Auftrag ausgeführt zu haben. In Montbronn (Loire) brach ein Ruffe des Generals Miribel zweimal die an die Schule gelegten Siegel ab. Derselbe wurde verhaftet.

### Frankreich.

**Socialistische Mißerfolge.** Bei den Gemeindevahlen in Marseille wurde der bisherige socialistisch-gueddistische Vertreter geschlagen.

Auch in Lille siegte der Progressiv Mont mit 6418 Stimmen über den socialistischen Kandidaten Chesquiere. —

### England.

**Der deutsche Kaiser und Lord Ritcher.** In englischen Blättern wird, wie schon berichtet, mitgeteilt, daß der deutsche Kaiser den Lord Ritcher zu einem Besuch nach Deutschland eingeladen habe. Die ganze deutsche Armee, so heiße es in dem Telegramm des Kaisers, werde es als eine hohe Ehre schätzen, einen solchen Soldaten in ihrer Mitte begrüßen zu können. —

**Die Premierminister der englischen Kolonien,** die gegenwärtig in London weilen, werden seihig interviewt. Dieser Tage wurde Sir Edmund Barton von einer Deputation des Nationalverbandes für Frauenstimmrecht besucht. Er konnte der Deputation mitteilen, daß zur Zeit den Parlamenten von New-Südwaales und

Victoria Gesetzesentwürfe vorliegen betr. die Einführung des Frauenwahlrechts; er glaubt, daß die Einführung desselben in den genannten zwei Kolonien gesichert sei.

## Eisenzölle.

### 96. Sitzung der Zolltarif-Kommission.

Berlin, 4. August.

An Stelle Bernsteins ist Geher in die Kommission eingetreten.

Die Position 812 belegt Feilen, Raspeeln bis 16 Centimeter lang mit 40, bis 35 Centimeter mit 25, mehr als 35 Centimeter mit 10 M.

Gothein beantragt 15 M. und eine Anmerkung: Die Länge versteht sich mit Ausnahme der Angel. Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Gothein begründet seinen Antrag; die Kleinindustrie werde betroffen.

Geher, der für Zollfreiheit eintritt, weist auch auf die Bedürfnisse der Kleinindustrie hin, die die kleinen Feilen z. gerade benötigte und nach dem Tarif am schwersten belastet werde. Uebermäßige werden meist vom Auslande bezogen und dem inländischen Produkt vorgezogen mit Rücksicht auf ihre Qualität. Darum sei Zollfreiheit geboten.

Geheimrat Zuzendky verteidigt die Vorlage; er ersucht, die Anmerkung Gothein ebenfalls abzulehnen.

Gothein wendet sich gegen den Regierungsvortreter, ebenso Müller-Sagan im Interesse der Menschlicher Industrie, die mit den in Frage stehenden Produkten Absatz im Auslande suche.

Die Position wird nach der Vorlage angenommen; die Anmerkung Gothein wird abgelehnt.

Die Positionen 813—816 werden verbunden. 813, Bohrer, Jangen, Scheren, Stemmeisen, Hobeleisen, Maschinenmesser, Schneidzeuge z. 20 M.; 814, Axtklingen, Messerwerkzeuge z. 40 M.; 815, Hammer bis 10 Rilo, Kerze, Peile, Haden, Wiese- und Hadenmesser, Schraubschlüssel und -Zwingen, Bohrwinden z. 15 M.; 816, anderweitige Geräte, z. B. Pflüge, Kultivatoren, Grabber, Kartoffelgraber, Eggen, Handrechen, Pferderechen, Wagen, Sägeleisen, Tierfallen, Riemenpanzer z. über 3 Rilo 10 M., unter 3 Rilo 15 M.

Gothein beantragt für 813 12 M.; für 814 12 M.; für 815 10 M.; für 816 andren Text und Sätze von 6 resp. 10 M.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Gothein geht in seiner Begründung diese Art von Mittelstands-Positiv, die die nötigsten Handwerkszeuge der Kleinhandwerker verteuere.

Müller-Sagan verteidigt die Verteuerung der Handwerkszeuge, die den Standpunkt des Kleinhandwerks bedränge. Der Konsumentenstandpunkt komme auch hierbei in Betracht; denn die betreffenden Werkzeuge werden von den Massen verbraucht. Dabei komme in Betracht, daß Deutschland dergl. Waren massenhaft exportiere, also die inländische Produktion geschädigt statt geföhrt würde durch den Zoll. Bezeichnend sei, daß man die Geräte und Arbeitsmittel der Landwirte so schwer belaste und damit den kleinen Bauern wieder das Leben schwer mache.

Franken giebt die Erklärung ab, daß er für die Erhöhung der Zollsätze nicht zu haben sei, wenn er auch seine Herabsetzung unterläße.

Geheimrat Zuzendky tritt für die Vorlage ein; es handle sich hier um hochwertige Erzeugnisse, die einen Zoll leicht vertragen.

Müller-Sagan bekämpft diese Ansicht; umgekehrt sollte die Produktion dieser Artikel freigegeben werden. Redner hat Zuschriften erhalten, die seine Ansicht unterstützen.

Gothein widerspricht dem Regierungsvortreter ebenfalls.

Die Position 813 wird nach der Vorlage angenommen; ebenso 814, 815 und 816.

Verbunden werden 818/19, Spindeln aller Art 10 M.; 819, Ausrüstungsgegenstände für Spinn- und Webmaschinen 25 M.

Gothein beantragt zu 818, Spindeln, roh 6 M.; bearbeitet 10 M.; zu 819, Webstoffe z., roh 5 M.; bearbeitet 12 M.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Spahn beantragt zu 819 — 15 M. und begründet den Antrag mit den ungenügenden Angaben der Motive, die keinen Grund für die Erhöhung der Zollsätze erkennen ließen.

Gothein kritisiert scharf diese Zollserhöhungen, die nach seiner Seite berechtigt wären.

Geher findet die Motive nicht nur dürftig, sondern widerspruchsvoll, und nimmt Veranlassung, an diesen Positionen nachzuweisen, wie auch sie den Arbeitern zum Nachteil gereichen. Jede Verteuerung der Maschinen wirke lohnbedrückend. Man mache den Socialdemokraten wegen ihrer Anträge auf Zollfreiheit den Vorwurf der Inkonsequenz, inkonsequent handelten aber die, die gegen Zölle auf Rohstoffe seien und dann doch für Zölle auf Halb- und Ganzfabrikate stimmten; würden diese letzteren abgelehnt, müßten auch die Zölle auf die Rohstoffe fallen.

Die weiteren Vorwürfe, daß die Socialdemokraten den Konsumentenstandpunkt bevorzugten, seien thöricht. Die "Post" schreibe gar, daß endlich eine Umkehr in der Socialdemokratie eintrete, und schreibe dies zum Teil auch den Ausführungen Bernsteins in der Kommission zu. Allein Bernstein habe nur gesagt, daß der Konsumentenstandpunkt nicht einseitig vertreten werden könne. Das thäten die Socialdemokraten in der Kommission nicht. Die Produzenten der Spinnmaschinen seien Konsumenten der vom Auslande bezogenen Spindeln, wie die Massen von Arbeitern und Bauern Konsumenten von Hobeln, Sägen, Messern, Hämmer, Senen, Sichel z. z. seien und als solche vor der Verteuerung dieser Waren geschützt werden müßten.

Durch die Verbilligung, wie Redner befürwortet, werde die Produktion gestärkt, man ermüßliche ihr, die Waren wohlfeiler herzustellen, dadurch die Kaufkraft des eignen Volkes zu schonen und so werde die Möglichkeit eines stärker zunehmenden Konsums geschaffen. Nur so könne die inländische Produktion gefördert werden. Die Verteuerung durch Zölle bewirke das Gegenteil und powere das ganze Volk aus. Es sei ihm, Redner, unbegreiflich, wie man das Ausland so begünstigen könne, wie durch dieses Zollsystem, das zur Verschleuderung von Waren an das Ausland führe, die sogar noch vom preussischen Handelsminister verteidigt worden sei. Diese volkswirtschaftlichen Anschauungen der Regierung würden die Wähler in anderer Weise zu würdigen wissen als der Handelsminister annehme. Man begünstige das Ausland auf Kosten der eignen Nation, das nenne man: Für das Ausland arbeiten! Vor der verschiedenartig betriebenen Ausbeutung wolle die Socialdemokratie das Volk bewahren, deshalb auch würden die Anträge auf Zollfreiheit gestellt. Die Mehrheit wisse sehr wohl, daß die Erhöhung der Zölle die Warenpreise verteuere, sie gebe also wider besseres Wissen vor, die Produktion stützen und die nationale Arbeit schützen zu wollen.

(Der Vorsitzende rügt den Ausdruck: Wider besseres Wissen.)

Geheimrat Zuzendky tritt für die Vorlage ein.

Müller-Sagan meint, die principielle Ausführungen des Abg. Geher stützten sich wohl unter der Adresse der Freisinnigen mehr gegen Bernstein, der vorige Woche ja hier gesagt habe, daß der Konsumentenstandpunkt nicht allein vertreten werden dürfe. Die Ausführungen des Vordredners über das Verfahren gegenüber dem Auslande gäben ihm keine Veranlassung zu Aussetzungen.

Stadthagen erklärt, Geher habe sich nicht gegen die Freisinnigen gewendet, sondern gegen die Vorwürfe, die uns wegen der Anträge auf Zollfreiheit gemacht wurden. Auch Bernstein stehe auf dem Standpunkte, den Geher hier erörtert habe, nur suche man in der Presse z. die Preussischen Ausführungen unzuwenden.

Die Position 818 wird nach der Vorlage angenommen, Position 819 dagegen nach dem Antrage Spahn abgeändert.

Die Positionen 822—824 und 831 werden ebenfalls verbunden: Patentmaschinen, Wagenfedern, Schlitt- und Rollschuhe.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Gothein beantragt Zollherabsetzungen.

Stadthagen tritt für Zollfreiheit ein und weist auf die auf-fälligen Widersprüche der Motive hin. Auch hier äußere sich die Schädlichkeit der Zölle in markanter Weise.

Die Positionen werden sämtlich nach der Vorlage angenommen.

Die Positionen 827/28 werden ebenfalls verbunden; 827, Geschnittene Nägel (Aufzwickstifte) über 20 Millimeter 12, unter 20 Millimeter lang 20 M.; 828, Ofenrohre, Wägen, Kästen, Wadenwannen, Striegel, Haus- und Küchengeräte, Kolläden, Koffertügel, Glocken etc., roh 6 M., bearbeitet 10 M.

Gothein beantragt zu 827 — 5 M. und begründet diesen Antrag.

Regierungsrat Martin bekämpft diesen Antrag.

Gothein tritt für Zollfreiheit ein. Die Fabrikation von Aufzwickstiften würde nur von einigen wenigen großen Fabriken betrieben, denen durch Zollherabsetzung die Kartellierung äußerlich erleichtert werde, während andererseits die Verbraucher die Kosten tragen müssten.

Müller-Sagon wendet sich gegen den Regierungsvorredner.

Die Positionen werden nach der Vorlage angenommen.

Verbunden werden die Positionen 829/30, 829, Ketten, roh, zur Kettenfahrradfabrikation 3 M., andre 6 M., bearbeitet 15 M.; 830, Treppen, Kalandern, Reit- und Jagdgeschirrtücher, roh 10 M., bearbeitet 15 M.

Gothein beantragt zu 829 — 1,50, 3 und 10 M., zu 830 — 6 und 10 M.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Stadthagen verteidigt den letzteren Antrag und greift auf die Behauptung des Regierungsrates Martin zurück, der bei voriger Position gesagt habe, der Zoll liege im Interesse der Arbeiter. Man möge doch angeben, ob im wirtschaftlichen Hinsicht auch für diese Zölle Arbeiter eingetretene seien. Solche Schutz-Zoll-Hausierburden gebe es nicht. Die Zölle schädigen die Arbeiter, das wissen diese; sie wollen ihr Arbeitsmaterial nicht verteuert haben. Hier handelt es sich um Neueinführung eines Zolles auf Schlepplatten, ohne daß nur ein Nachweis für die Notwendigkeit eines Zolles geführt sei. Es sei unbillig, die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter durch einen derartigen Zoll heben zu wollen, wie die Vorlage andeute. Die Arbeiter schiebe man auch hier vor, die doch durch Zölle ausgebeutet werden. Diese Arbeiter müßten, wenn sie wirklich für Zölle wären, dünner sein wie die Käber, die ihre Metzger selber wählen.

Brunner beantragt für Ketten roh — 5 M., zur Schlepplattenfabrikation, bearbeitet: in der Eisenstärke von mehr als 10 mm 10 M., weniger als 10 mm — 15 M., und begründet dies damit, daß dadurch Arbeiter herangezogen würden zur Herstellung von Schlepplatten, die nach der Vorlage jetzt nicht im Inlande hergestellt werden könnten, weil es an der Leistungsfähigkeit der Arbeiter mangelte. Der Zoll werde das ermöglichen und so ein Erziehungszoll sein.

Geheimrat v. d. Borcht tritt aus den in der Vorlage niedergelegten Gründen für die Vorlage ein.

Gothein bestreitet, daß der Zoll ein Erziehungszoll sein werde, da die Kettenfahrradfabrikation auf dem Aussterbe-Stadte stehe.

Sagon ist ebenfalls gegen den neuen Zoll.

Geher wendet sich gegen Brunner und fragt ihn, ob er etwa glaube, daß durch den Zoll die Löhne erhöht werden würden? Oder wie denkt er sich die Hebung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter? Wenn Zölle höhere Gewinne bringen, gäben die Unternehmer nichts davon an die Arbeiter, die durch das Zollsystem schon seit 1879 schwer geschädigt worden seien. Brunner verweist auf die Tabakindustrie, deren Arbeiter seit jener Zeit auf das Lohnniveau schlesischer Weber herabgedrückt worden seien.

Die Positionen werden nach der Vorlage angenommen.

In den Positionen 832—835, die verbunden werden, beantragt Gothein für 832, Wand- und Möbelbeschläge (Vorlage 6 resp. 12 M.) eine erweiterte Fassung; zu 833, Schlüssel und Schlüssel (statt 15 und 20 M. 10 und 12 M.; zu 835, Möbel und Turngeräte statt 15 und 8 M.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Gothein begründet den letzteren Antrag. Die Kleinmeister der Bau- und Möbelfabrikation, sowie der Schlosserei würden durch die Zölle zu 832/33 in erster Linie geschädigt. Bezüglich der Position 834 stellt Brunner fest, daß Deutschland fast nur Geldschranke exportiere, ein Zoll also zu Repressalien herausfordere. Auchlich siehe es mit der Position 835.

Gothein findet die Specialisierung des Entwurfs unzutreffend; Franken dagegen den Zoll zu niedrig.

Die Zeränderung Gotheins wird zu 833 angenommen, dazu die Sätze der Vorlage; ebenso werden die übrigen Positionen nach der Vorlage angenommen.

Position 836, feine Schneidwaren (Messer, Scheren etc.), Berlin, Schmuckschmalen, Fingerhüte, Korkeier, Aufhänger, Stahlkugeln, Knöpfe etc., roh — 15 M., bearbeitet 24 M.

Gothein beantragt eine andre Differenzierung, dazu Zollsätze von 6, 8, 10, 15 und 24 M.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Mollenbuhr: Die Industrie feiner Schneidwaren in Solingen konkurriert mit Sheffield etc.; er bedürfte keines Schutzzolls. Eine Industrie, die gute Löhne zahlt, bleibe konkurrenzfähig, das sollten die Industriellen überhaupt beherzigen.

Geheimrat v. d. Borcht erklärt, die Solinger Industrie sei mit dem Entwurf einverstanden.

Die Position wird nach der Vorlage angenommen.

Verbunden werden 838, Schirmgestelle 24 M., 839, Federn, Blankseite 20 M., und 840, Schreibfedern 90 M.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Gothein beantragt zu 840 60 M.

Stadthagen: Die Exportindustrie dieser nicht unterbunden werden durch Zölle, wie es thatsächlich bezüglich der Position 839 geschieht. Die Konfektionsindustrie werde belastet. Bei Position 840 Schreibfedern, für die der Zoll von 60 auf 90 Mark erhöht wird, käme die Einfuhr weit mehr in Betracht, als die Stimmen einiger Interessenten, die Geschenke haben wollen. Drei Viertel des Bedarfs wird vom Ausland gedeckt, das beweise die Notwendigkeit der Einfuhr. Fast ausschließlich deckt Großbritannien unseren Bedarf; diesem freihändlerischen Lande gegenüber müsse Rücksicht geübt werden; man dürfe sich nicht wundern, wenn solche Zollherabsetzungen die zöllnerische Unvernunft auch in England hervorrufen würde. Deutschland würde unendlich geschädigt, wenn England Gegenstände belassen würde. Wäherlich sei es, wenn Interessenten verlangten, es solle in den Schulen darauf gesehen werden, daß nur Schreibfedern deutschen Fabrikats verwendet würden.

Geheimrat v. d. Borcht tritt für die Vorlage ein.

Die Positionen werden sämtlich nach der Vorlage angenommen.

Schluss 1/47 Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag 9 Uhr.

### Partei-Nachrichten.

#### Zu der Kandidatenfrage in Oberschlesien.

In der „Gazeta Robotnicza“ vom 2. August findet sich folgende Erklärung:

Die Beschlüsse der Konferenz der polnisch-socialistischen Partei in Oswiecim am 13. Juli betr. die Aufstellung der Kandidaten für die nächsten Reichstagswahlen in acht polnischen ober-schlesischen Wahlkreisen haben weder den hiesigen deutschen Genossen noch dem Centralorgan der deutschen Sozialdemokratie gefallen. Ein am 11. Juli zur Verständigung mit dem Parteivorstande nach Berlin gesandter Delegierter erklärte nach der Rückkehr am Freitag, den 11. Juli, den hiesigen Genossen, daß Dr. Winter eine Einladung an den Vorstand geschickt habe, daß dieser zur deutschen Konferenz Gäste schicke. Ferner erklärte der Delegierte, daß der Vorstand den Wunsch ausgesprochen habe, Dr. Winter zur Konferenz einzuladen. Wegen der Form, in der Dr. Winter die obige Einladung an den Vorstand geschickt hatte und wegen seines gegnerischen Standpunktes gegen die socialistische Organisation des polnischen arbeitenden Volkes beschloffen die hiesigen Genossen, den Dr. Winter zur Oswiecimer Konferenz nicht einzuladen. Um fernere Missverständnisse auszuschließen, erklären wir, daß Kandidaten der polnisch-socialistischen Partei sind:

- für Kreuzburg-Rosenberg Genosse Verfus, Trombalaki,
- „ Opeln „ „ „ „
- „ Dr. Streblitz-Rosel „ „ „ „
- „ Lublinitz-Toni-Gleiwitz „ „ „ „
- „ Beuthen-Tarnowitz „ „ „ „
- „ Kattowitz-Prabze „ „ „ „
- „ Pleß-Bytom „ „ „ „
- „ Ratibor „ „ „ „

Ferner erklären wir, daß die polnischen Teile des preussischen Gebietes des Arbeitsgebiet der polnisch-socialistischen Partei sind, daß in Kreisen, in denen die polnische Bevölkerung überwiegt, nur die polnisch-socialistische Partei das Recht hat, Kandidaten aufzustellen. Die Pflicht der deutschen Genossen, als der Minderheit in den obigen Kreisen, ist es, bei der praktischen Arbeit vor der Wahl die Kandidaturen der Polen zu unterstützen und nicht Gegenkandidaten aufzustellen.

Endlich erklären wir, daß sowohl dem Vorstande als auch den Genossen in Oberschlesien nichts von einer Einladung eines Vertreters der polnisch-socialistischen Partei zur deutschen Konferenz im August bekannt ist, wovon in einer der letzten Nummern des „Vorwärts“ berichtet wird. Niemand hat eine solche Einladung erhalten. Für die Central-Agitationskommission in Oberschlesien: Nam Wojciechowski, Sekretär.

Die Central-Agitationskommission der polnischen Socialisten hat eigentümliche Auffassungen von der Art, die Pflichten anderer festzusetzen. Welche Pflichten die deutschen Sozialdemokraten haben, das kann jedenfalls nicht durch eine einseitige Erklärung der polnischen Socialisten in Oberschlesien bestimmt werden.

In übrigen bestätigt die Erklärung nur die Darlegungen des Genossen Winter, daß er, entgegen den Angaben des Vorstandes der polnisch-socialistischen Partei, nicht zu der Konferenz in Oswiecim eingeladen worden ist. Auf die Absicht einer Verständigung läßt das nicht gerade schließen. Die für die Rückeinladung Winters angegebenen Gründe sind ganz hinfällig. Die Form der Einladung, die Winter an den Vorstand der polnisch-socialistischen Partei gerichtet hat, hat bei diesem keinen Anstoß erregt; was aus der Thatsache hervorgeht, daß dieser die Zuziehung Winters zur Oswiecimer Konferenz gewünscht hat. Die angebliche Gegnerschaft Winters gegen die „socialistische Organisation des polnischen arbeitenden Volkes“ dürfte sich darauf reduzieren, daß Winter die Wahrung der Interessen des arbeitenden Volkes, gleichviel ob polnischer oder deutscher Nationalität, vor allen Dingen in der einheitlichen Organisation desselben sieht.

Die Kandidatenliste der polnischen Socialisten ist übrigens schon wieder revidiert. Wahrscheinlich infolge der Erklärung Winters, daß seine Aufstellung durch eine Konferenz über die Köpfe der organisierten Genossen des Kreises hinweg hinfällig sei, ist Verfus an seine Stelle gesetzt worden. Ob sie nun endgültig ist, muß abgewartet werden. Bekanntlich hat der Vorstand der polnisch-socialistischen Partei in Nummer 168 des „Vorwärts“ erklärt, daß die Mitglieder dieses Vorstandes die ihnen angebotenen Kandidaturen abgelehnt hätten. Sollte Verfus sich so schnell anders besonnen haben?

Schließlich sei bemerkt, daß wie Genosse Winter uns mitteilt, es Schuld des zur deutschen Konferenz eingeladenen Genossen Mertowski ist, wenn weder dem Vorstande der polnisch-socialistischen Partei noch deren Mitgliedern in Oberschlesien etwas von der Einladung Mertowski zur Konferenz unserer Parteigenossen in Oberschlesien bekannt ist. Uebrigens ist auch diesem Uebel bereits abgeholfen.

Sie wollen ihn nicht haben. Genosse Haenisch in Dortmund hatte vor mehreren Tagen von der Staatsanwaltschaft die Anforderung erhalten, sich zur Verbüßung einer Strafe von 8 Monaten Dienstag, den 20. Juli, im Gefängnis zu Münster einzustellen. Wenige Stunden vor der Abreise erhielt er durch besonderen Boten der Staatsanwaltschaft eine neue Zuschrift des Inhalts:

Ihre Gefängnisstrafe wollen Sie vorläufig nicht antreten, da sie voraussichtlich nicht in Münster — wie mitgeteilt war —, sondern in Herford verbüßt werden wird. Die Entscheidung hierüber steht noch aus. Sie werden binnen kurzem weitere Benachrichtigung erhalten.

Genosse Haenisch will aber nun seine Strafe antreten; ganz abgesehen davon, daß es kein Vergnügen ist, sich zweimal auf den Antritt einer solchen Strafe vorzubereiten, hat Haenisch ein persönliches Interesse daran, spätestens Ende März nächsten Jahres wieder in Freiheit zu sein. Er ist deshalb persönlich bei der Staatsanwaltschaft gewesen, doch dort erklärte man ihm, nichts thun zu können; es finde darüber vorläufig noch ein Schriftwechsel zwischen der Oberstaatsanwaltschaft in Hamm, den Regierungen in Münster und Münster und den betreffenden Gefängnisverwaltungen statt.

Ist denn Haenisch ein so bedenklicher Gefangener, daß keines der Gefängnisse ihn haben will?

Das internationale socialistische Bureau veröffentlicht in französischer Sprache eine Zusammenstellung der Tagesordnungen und der Beschlüsse der internationalen Kongresse in Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896 und Paris 1900. Die Broschüre ist gedruckt in der Volkdruckerei in Gent.

### Der Streik der galizischen Landarbeiter.

#### Die Regierung gegen die Bauern.

St. Wien, 3. August. Die Schlagigen waren nicht vergeblich bei Herrn v. Koerber. Vorige Woche wollte in Wien eine Deputation galizischer „Belleute“, die gekommen war, um von dem Ministerpräsidenten Gewaltmaßregeln gegen die aufreißerischen Bauern zu erwirken. Einem Wunsche solcher Herren, den wahren Herren Oesterreichs, konnte Herr v. Koerber natürlich nicht widerstehen, und so hat er dem galizischen Statthalter, dem Schlagigen Grafen Pininski — beiläufig bemerkt dem Musterepigramm eines faulen, nichtshuerischen Dilettanten, dem das Arrangement ästhetischer Thee-Abende mehr Sorge bereitet, als der ganze Feldarbeiterstreif — die Ermächtigung erteilt, den Bauern mit Feuer und Schwert zu drohen. In jeder Gemeinde des ungeheuren Streikgebietes wird es heute zu lesen sein, daß weitere Gewaltmaßnahmen der Bauern die Verhängung strenger, außerordentlicher Maßregeln zur Folge haben würden. Nun ist es wahr, daß der österreichischen Regierung viele Gewaltmaßregeln zur Verfügung stehen, aber sie alle sind dieser Bewegung gegenüber macht- und wirkungslos. Mittels des Gesetzes über den Ausnahmezustand kann die Regierung alle staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten suspendieren. Aber was verschlägt's den Bauern, daß ihnen die Pressefreiheit, die Vereinsfreiheit „genommen“ wird? Sie haben weder Zeitungen noch Vereine. Und was die arme Versammlungsfreiheit betrifft, so hat sie in Galizien für die Bauern ohnehin nie existiert, und jetzt jagt der Gendarm die Streikenden auch ohne „Ermächtigung“ auseinander. Oder die Sicherheit der Person? Man verhaftet in Galizien jetzt jeden, der unbedeutend ist oder nur im Verdachte steht, den Bauern zu helfen; ganz trocken meldet es das amtliche Telegrammbureau Tag für Tag, so und so viele „Agitatoren“ sind dort und dort verhaftet worden — als ob Agitieren eine vom Strafgesetz verbotene Thätigkeit wäre. . . Herr v. Koerber kann freilich auch das Standrecht verkünden lassen, er kann in jedes Dorf den Schorfrichter schicken, aber da alle Dörfer voll von Gendarmen und Soldaten stecken, die ohne die geringste Notwendigkeit auch jeden Tag schießen, so ist der Galgen wirklich eine Ueberflüssigkeit. Ausnahmemaßregeln für Galizien! Das Land ist in ein Heerlager verwandelt, für die Verhafteten sind eigne Gerichte bestellt, die wie im Mittelalter von Ort zu Ort ziehen und „Recht sprechen“ im Auftrage der Schlagigen; und da hat der gewissenlose Ministerpräsident die Betwegenheit, mit „außer-

ordentlichen Maßregeln“ zu drohen? Wieder einmal offenbart sich die unglückliche erbitternde und beschämende Thatsache, daß die galizische Schlachta, dieser Haufe von Schmarozern, die die Bauern ausbeuten und verelenden lassen, um in den Spielhöfen Europas als Grandseigneur aufzutreten zu können, daß dieses oblige Geschlecht über den Staat verfügt und alle Gewalten der Verwaltung zu seinem Vortheil dienstbereit findet. Was Herr v. Koerber da gethan, ist eine Schande für ihn — würdig der Schüsse in Lemberg und in Lemberg, mit denen er seine erlernte Staatskunst schon früher bewiesen.

Die Drohungen der Regierung haben keinen andren Zweck, als die Bauern von der Fortsetzung des Streiks abzuerschrecken. Die Einschüchterung wird mit den plumpesten Mitteln betrieben, und wenn sich die Grundbesitzer beschweren, daß die „Agitatoren“ den Sinn der Bauern mit Märchen behörden, so treibt es der Ober-Schlagig von Galizien nicht besser. Mit unverkennbarer Tendenz wird in dem Einschüchterungs-Schriftstück von Herrn v. Koerber als von dem Präsidenten des Ministeriums „Seiner I. und I. Majestät“ gesprochen: die Bauern, die nicht so sorgfältig zu unterscheiden pflegen, sollen zu der Meinung verführt werden, derjenige, der sie verteidigen und ermahnen lasse, sei der Kaiser selbst. Was sieht die ruffenischen Bauern die Suspension der staatsgrundgesetzlichen Freiheiten an? Aber er muß erschrecken, wenn er von der „Verhängung strenger, in den Gesetzen begründeter, außerordentlicher Maßregeln“ liest; in seiner Einfalt liest er das als Ankündigung, daß jeder, der sich der Arbeit weigert, zu mindest eingeschleppt werden wird. Auf diese Einfalt spekuliert der Gutsbesitzer, seine Absicht ist, die hungernden Bauern zurück ins Elend zu jagen. Auf diesen Hungerstreik, der den innerlichsten Jammer eines ganzen Volkes aus Tageslicht bringt, hat die Regierung Koerber keine andre Antwort als, daß kein Gesetz bestehe, das die Bauern vor Ausbeutung schütze! Eine plumpe Erdichtung, vollkommen falsch und nur zur Verhöhnung erfunden nennt die Kundmachung des Statthalters den aus der Verzweiflung entstammenden Glauben der Bauern, daß es ein Gesetz giebt, das die Höhe der Löhne für Feldarbeiter normiert! Rein, so ein Gesetz besteht wirklich nicht in Oesterreich, die Schlachta kann dem Bauern den letzten Muntstropfen auspressen, und wenn sich die Bauern zusammenrotten, um gegen die Schlange ihrer Qualen das Gesetz ihrer Kraft zu stellen, so zerprengt sie der gerechte Staat, hegt die Soldaten wider sie und öffnet weit die Thore der Gefängnisse. Das ist Kultur in Galizien und das ist Recht in Oesterreich!

Es ist schwer, dem begriffstüchtigen Europa klar zu machen, was für ein Staat dieses Oesterreich und welches Land dieses Galizien ist, dessen Beherrscher sich anmaßen, über das Unrecht der andren Staaten zu Gericht zu sitzen. Aber die galizische Schlachta sorgt mit ihren Thaten dazu, daß Europa diese Klarheit gewinne.

#### Der Landarbeiterstreik in Galizien.

Ueber den Umfang des Streiks liegen folgende Nachrichten vor: Es wird jetzt bereits in 21 Bezirken gestreikt. Im Bezirk Wraganz breitet sich der Streik noch immer aus. Der Streik ergreift nun auch den Bezirk Kolomea. Die Bauern verlangen daselbst die zehnte Garbe, also so viel, als in andren Bezirken bisher schon gezahlt wurde. Jetzt erhalten sie die 14. bis 15. Garbe. Als der Streik ausgedrohen war, kamen sofort Gendarmen aus Kolomea. In Korszow wurde ein Bauer verhaftet, weil er die Bauern von Lasti vom Beginn des Streiks verständigte. Auch aus dem Lemberger Bezirk werden einige neue Streiks gemeldet. Im ganzen Gerichtsbezirk Gliniany wurden alle Streiks mit dem Siege der Streikenden beendet. Die Gendarmen verhinderten hier die Versammlungen, in denen das Resultat der Verhandlungen mit den Herrschaften mitgeteilt werden sollte. Im Bezirk Czortkow steht die Arbeit in allen Gemeinden mit Ausnahme der wenigen Gemeinden, in denen die Forderungen der Bauern bewilligt wurden. Auf den Gütern des Abgeordneten Arthur Giesels in Hodynlowce, und des Abgeordneten Stanislaus Rudrow in Szwajlowce streikt auch das ganze Hofgute.

Aus Tarnopol wird berichtet: Seit mehreren Tagen kommen mit jedem Zuge Wagnen und Huzulen hier an, die entweder mit den Lokalbauern weiterfahren oder in Wagen in die Gemeinden des Tarnopoler Bezirkes verschickt werden. In die sichtlich gelegenen Orte werden die Arbeiter auf andern Routen befördert. Die Zahl der fremden Arbeiter soll sich bereits auf tausende belaufen.

Wir haben schon öfter auf die tendenziöse Berichterstattung hingewiesen, welche die Telegraphenbureaus über den Landarbeiterstreik verbreiten. Allen voran steht in dieser Hinsicht das offizielle österreichische „Korrespondenz-Bureau“, das den meisten bürgerlichen Blättern als Nachrichtenquelle über den Streik dient. Wie unverschämte das „Korrespondenz-Bureau“ seine Fälschungen betreibt, um die öffentliche Meinung irre zu führen, das zeigt ein Vergleich der von diesem „Korrespondenz-Bureau“ über das Telegramm der ruffenischen Abgeordneten an den Ministerpräsidenten verbreiteten Mitteilung mit dem Wortlaut dieses Telegramms. Dieses ist in dem Bericht unresr Krakauer Korrespondenten in der Sonntagsnummer enthalten, während wir in der Sonntagsnummer von der denselben Gegenstand betreffenden Nachricht des „Korrespondenz-Bureaus“ Notiz genommen haben. Die Meldung des „Korrespondenz-Bureaus“ erweckt den Anschein, als forderten die Abgeordneten die Entsendung von Beamten mit außerordentlichen Vollmachten gegen die Streikenden, weil diese sich Ausschreitungen zu Schulden kommen ließen. Die Nachricht besagt also gerade das Gegenteil von dem, was in dem Telegramm der Abgeordneten klar zum Ausdruck kommt. Die Abgeordneten wünschen eine Verlegung der Behörden und Beamten dahin, daß diese sich aller Provokationen und einseitiger Interventionen zu Gunsten der polnischen Grundbesitzer zu enthalten haben, und die mit außerordentlichen Vollmachten in das Streikgebiet zu sendenden Beamten sollen kontrollieren, ob die oben gewünschten Anordnungen auch ausgeführt werden. Das ist also eine Maßnahme zu Gunsten der Streikenden, die das „Korrespondenz-Bureau“ in das Gegenteil verkehrt hat. Weiter kann die Betrogenheit kaum getrieben werden.

### Aus Industrie und Handel.

Eisenbahnminister Budde hat der „N. Z.“ zufolge zur Unterstüßung des Eisenbahnbaues an der Bahn, Dill und Sieg sowie im Bezirksamt Wrilou eine weitere Ermächtigung der Eisenstrassen für Transporte nach der Ruhr, Saar, nach Lothringen, Luxemburg und dem Aachener Bezirk eintreten lassen, welche 2 1/2 M. für je 100 Kilometer Entfernung betragen.

Gegen die Standard Oil Company hat sich vor einiger Zeit in Stettin ein kaufmännischer Provinzialverband gebildet, dessen besonderer Zweck es ist, die Bestrebungen der Standard Oil Co. zu bekämpfen, die darauf gerichtet sind, unter Umgehung des Detailhandels größeren Petroleumverbrauchern, z. B. Fabrikbesitzern, Landwirten etc., direkt aus den Petroleum-Niederlagen der Gesellschaft Petroleum von gewissen Mengen an zu liefern. Nach der „Ostsee-Zeitung“ hat dieser Verband jetzt an den Eisenbahndirektor in Stettin eine Eingabe gerichtet, die sich gegen die Herstellung von Petroleumtanks auf dem Gelände der preussischen Staatsbahn durch die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft wendet. „Die pommerischen Kolonialwarenhändler“ heißt es in dieser Eingabe, „mit ihren Kollegen im Reich, denen zur Zeit gar keine Mittel zur Verfügung stehen, diesem neuen Angriff auf ein bisher von ihnen unbestritten besetztes Abgabebiet zu begegnen, sehen in dem Vorgehen der genannten Petroleumgesellschaft den ersten Schritt, die noch vorhandenen wenigen Petroleumgesellschaften von den deutschen

Märkten zu verdrängen, um nach erzieltm Erfolge und mit der gleichzeitigen Vernichtung des Zwischenhandels den Konsumenten um so sicherer den Petroleumpreis vorzudrücken zu können.

Es ist begreiflich, daß den pommerischen Kolonialwarenhändlern das Vorgehen der amerikanischen Standard Oil Co. nicht paßt, deren Plan es ist, an den größeren Bahnhöfen Petroleumtank anzuheben und von diesen aus selbst durch Tankwagen den Betrieb an die größeren Konsumenten zu übernehmen. Eine andre Frage aber ist es, ob eine solche Einrichtung nicht im Interesse vieler Konsumentenkreise liegt. Allerdings wird der Nutzen, der aus dieser Umgehung des Detailhandels entspringt, sicherlich auf die Dauer nicht den Konsumenten, sondern, sobald die Neuerrichtung sich bewährt, der amerikanischen Petroleum-Gesellschaft zufließen; doch ist ohnehin ziemlich sicher, daß, nachdem jetzt das langjährige Kartell zwischen den vier größten Petroleum-Gesellschaften der Welt zu stande gekommen ist, der Petroleumpreis bald erhöht werden wird. Die Ueberlassung des Kleinverkaufs an die Kolonialwarenhändler in bisheriger Weise vermag davon nichts zu ändern; im Gegenteil es ist mehr als wahrscheinlich, daß zu dem Ausschlag der Standard Oil Co. dann noch ein erhöhter Ausschlag der Kleinhändler hinzutreten würde. So wie der Provinzialverband bisher die Agitation geführt hat, kommt diese vorwiegend der russischen Nobel-Gesellschaft und den russischen Naphtawerken zu gute. Zu einer Begünstigung dieser Konsumenten der Standard Oil Co. liegt aber nicht die geringste Veranlassung vor. Sie verfolgen genau dieselben Monopolbestrebungen, wie die amerikanische Gesellschaft, und das zu stande gekommene Kartell ist in erster Reihe ihren Vermählungen zu danken.

**Goldexport der Vereinigten Staaten von Amerika.** Die Goldausfuhr aus dem Gebiet der nordamerikanischen Union hat in der vergangenen Woche eine größere Ausdehnung erreicht, als allgemein angenommen worden ist. Sie belief sich auf 4 942 558 Dollar, wovon 4 875 000 Dollar nach Europa gingen. Die Silberausfuhr betrug 692 823 Dollar. Davon gingen 660 845 Dollar nach London.

**Kohlenproduktion der Vereinigten Staaten.** Nach den beim Bergamt (Geological Survey) in Washington eingegangenen Berichten über 97 Proz. der amerikanischen Kohlengruben betrug die Kohlengewinnung der Vereinigten Staaten von Amerika im vorigen Jahre 292 240 758 Shorttons (1 Shortton = 2000 Pfund oder 907,18 Kilogramm) im Werte von 348 813 881 Dollar gegen 269 881 827 Shorttons im Werte von 306 891 384 Dollar im Jahre 1900. Es hat demnach eine Steigerung der gesamten Kohlenproduktion im Gebiete der Union der Menge nach um 22 368 931 Shorttons oder 8,28 Proz. und dem Werte nach um 41 922 467 Dollar oder 13,64 Proz. gegen das Vorjahr stattgefunden.

**Rußenhandel Kanadas im Rechnungsjahr 1901/02.** In dem mit dem 30. Juni 1902 abgelaufenen Fiskaljahr 1901/02 stellte sich der Wert der Einfuhr Kanadas auf 40 558 000 Pfd. Sterl., das ist 4 200 000 Pfd. Sterl. mehr als im vorhergehenden Jahre, die Ausfuhr betrug 42 345 000 Pfd. Sterl., oder rund 3 Mill. Pfd. Sterl. höher als im Fiskaljahr 1900/01.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Der Streik auf den Nischenwerken in Ober-Schönwerthe** hat eine eigenartige Wendung genommen. Nachdem seitens der Firma alles versucht war, um die streikenden Kollegen zu unterdrücken, gesteht die Direktion mit ihrer neuesten Maßnahme ein, daß sie von den streikenden Kollegen matt gejagt ist. Alle unsere Veröffentlichungen, wonach die Firma mit den Streikbrechern nichts anfangen kann, sind zutreffend gewesen. Wohl hatten sich ca. 20 Mann gefunden, die auf dem Werk schliefen und sorgsam vor jeder Verletzung mit der Außenwelt und den Schloßern, Formern usw., die noch auf dem Werk arbeiteten, geschützt wurden. Aber diese 20 Mann waren alles andre, nur kein Ersatz für die streikenden Dreher.

Am Sonnabendabend um hat dies auch die Firma eingestanden, indem nämlich den circa 300 Mann, die außer den Dreheren noch auf dem Werk arbeiteten, erklärt wurde, sie müßten auf unbestimmte Zeit aussetzen. Wer hat die Verantwortung dafür zu tragen, daß der Streik der 51 Dreher derartige Dimensionen angenommen hat? Für jeden, der objektiv urteilt, kann es gar keinen Zweifel geben, daß es die Rühnmänner sind, die die volle Verantwortung hierfür zu übernehmen haben.

Die Forderungen der Arbeiter waren keine unbilligen. Bei den höchsten Ansprüchen, die an die Leistungsfähigkeit der Arbeiter gestellt wurden, verlangten diese einen garantierten Stundenverdienst von 50 Pf. Eine gewiß nicht unbefriedigende Forderung. Die Direktion konnte das von vornherein zugestehen. Das wird bewiesen dadurch, daß den Streikbrechern 50 und 60 Pf. gegeben werden und dazu frei schlafen und essen. 40 Pf. hatte Direktor Hesch der Kommission versprochen, bevor die Sache dem Unternehmer-Verband gemeldet war. Nachdem das letztere geschehen, war ja für den Direktor jedes weitere Zugeständnis unmöglich. Direktor Hesch erklärte einer später vorstellig werdenden Kommission, er habe sich für das Zugeständnis von 40 Pf. bereits eine Rüge des Unternehmer-Verbandes zugezogen. Nicht etwa, weil 40 Pf. zuviel sind, sondern weil der Direktor überhaupt etwas zugestanden hat. Hier kommt wieder der Frage unersöhnliche Standpunkt der Rühnmänner zum Ausdruck, wonach es Zugeständnisse an die Arbeiter überhaupt nicht giebt, hauptsächlich dann nicht, wenn die Arbeiter gemeinsam etwas fordern. Die Arbeiter haben sich mit dem zufrieden zu geben, was ihnen seitens der Unternehmer quäntig gegeben wird. Die Frage, ob die Forderungen der Arbeiter berechtigt sind oder nicht, scheidet vollständig aus. Die Folgen dieses verbohnten und prohenhaften Verhaltens sind, daß jetzt das ganze Werk in Ober-Schönwerthe stille steht. Und kann man nicht verantwortllich machen für die Folgen.

Wir werden selbstverständlich auch unter der veränderten Situation fortfahren und alles daran setzen, daß dieser Streik zu Gunsten der Arbeiter beendet wird.

Hierbei erwarten wir, so wie bisher, auch fernerhin die Mitarbeit aller Metallarbeiter.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

**Die Einigungsverhandlungen zwischen den streikenden Elektronenwerkern und der Firma Hardegen** fanden am Montag vor dem Gewerbegericht ihren Abschluß. Eine Einigung wurde nicht erzielt. Es handelt sich bekanntlich um die von den Arbeitern geforderte Sicherstellung einer ständigen Vergütung von Fahrgehlern und Bezügen, wie sie bei andern Firmen schon längst gezahlt werden, die aber von der Firma Hardegen trotz vorheriger schriftlicher Anerkennung eigenmächtig wieder in Abzug gebracht worden sind. Ferner dringen die Monteur auf Abschaffung von Arbeiten gegen Kaufmannskadibung. Ingenieur Böhlert behauptet als Sachverständiger, daß bei der Firma Siemens u. Halske nicht in Accord, geschweige denn gegen Kaufmannskadibung, sondern nur in Stundenlohn gearbeitet werde, auch werden Fahrgehlern und Bezügen vergütet. Herr Zoppke, der ebenfalls als Sachverständiger fungiert, führt dagegen an: Firmen, die auf Schwachstrom arbeiten, könnten das Accordsystem nicht aufgeben; seine Firma vergütete den Stundenlöhner u. allerdings die Bezüge und Fahrgehlern, den Accordarbeitern aber nur Fahrgehlern, wenn sie außerhalb Berlins beschäftigt seien. Herr Hardegen stellt die Sache so dar, als könne er die Forderung deshalb nicht bewilligen, weil dadurch seiner Firma zu große Unkosten erwachsen und diese infolgedessen nicht konkurrenzfähig bleiben würde.

Nach reichlich vierstündiger Verhandlung erklärte der Vorsitzende, es sei zu keinem lebhaften Bedauern zu seiner Einigung gekommen, das Einigungsamt habe deshalb einen Schiedspruch fällen müssen. Der Spruch lehnt sich im wesentlichen an die Ausführungen des Regierungs-Sachverständigen Zoppke an, soweit sich diese auf die Vergütung von Fahrgehlern und Bezügen beziehen, und erklärt die Vergütung von Pauschalarbeiten als unzulässig. Zur Schlichtung von Differenzen wird die Einsetzung einer Schlichtungskommission empfohlen, die aus je zwei Vertretern der Arbeiter und des Arbeitgeber und einem unparteiischen Obmann, der eventuell vom Vorsitzenden des Gewerbegerichts ernannt wird, zu bestehen hat. Beide Parteien haben binnen acht Tagen eine Erklärung abzugeben, ob sie sich diesem Spruch fügen wollen oder nicht.

**Der Streik der Dachdecker** neigt sich immer mehr zu Gunsten der Besellen. Der Beschluß der vorigen öffentlichen Versammlung, überall, wo der Lohn von 65 Pf. pro Stunde vom Freitag, den 1. August, ab nicht gezahlt wird, die Arbeit niederzulegen, wurde bei der Firma W. Reumeister (Zah. Ködel) und auch noch bei andern Firmen ausgeführt. — Bei der Firma Reumeister legten 68, bei den andern kleinen Firmen 87, insgesamt 98 Dachdecker die Arbeit nieder. — Von diesen hat ein Teil zu neuen Bedingungen die Arbeit wieder aufgenommen, einige sind abgereist, so daß sich nur noch 66 Kollegen im Ausland befinden.

Lohnkommission der Berliner Dachdecker. Der Vertrauensmann der Asphalteure teilt mit, daß 25 Arbeiter dieses Berufes bei der Firma Reumeister am Montag die Arbeit niedergelegt haben, um den streikenden Dachdeckern nicht in den Rücken zu fallen. Die Asphalteure fordern eine Erhöhung ihres Stundenlohnes von 35 auf 40 Pf., der Geschäftsinhaber wollte aber erst vom 1. Oktober ab 37 1/2 Pf. zahlen, womit die Arbeiter nicht einverstanden sind.

**Achtung Klemper!** Es werden vom Unternehmensweise Klemper nach Hamburg gesucht. Bekanntlich sind dort die Klemper nach Beschluß der Zunftung angepersert. Wir ersuchen die Kollegen dringend, kein Arbeitsangebot nach Hamburg anzunehmen.

Des weiteren ersuchen wir alle Metallarbeiter, bevor sie irgendwelche Arbeitsangebote nach außerhalb annehmen, immer erst nach unserem Bureau zu kommen. Es ist das notwendig, weil in einer ganzen Anzahl von Städten Differenzen bestehen.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

#### Ortsverwaltung Berlin.

**Lohnstarif der Maler.** In der Mitteilung, die wir in der Sonntagsnummer an dieser Stelle brachten, hat der Druckfehler „diejenigen Malergehilfen“ in „die jungen Malergehilfen“ verwandelt und dadurch zu Irrtümern Veranlassung gegeben. Um solche zu vermeiden, wiederholen wir die Lohnsätze des Tarif:

Vom 1. Oktober d. J. an erhalten alle Malergehilfen, die länger als zwei Jahre ihre Lehrzeit hinter sich haben, einen Mindeststundenlohn von 53 Pf., und vom 1. April nächsten Jahres ab 55 Pf. Malergehilfen, welche noch in den beiden ersten Jahren nach vollendeter Lehrzeit stehen, sowie die Aufsteiger erhalten vom 1. Oktober an 48 Pf., vom 1. April ab 50 Pf.

**Die Firma Siegfried Lark** vormalig Max Finkels Nachfolger, Goldschmied und Silberfabrik, Stralauerstr. 58, ersucht uns unter Berufung auf das Brechgesetz um Abdruck des Folgenden: „In der Sonntagsausgabe Ihres geschätzten Blattes bringen Sie im redaktionellen Teil unter „Achtung Rühnmänner“ mit „die Lohnkommission“ unterzeichnet, die den Thatsachen nicht entsprechende Notiz, daß in meiner Fabrik Differenzen zwischen den Arbeitern und mir ausgebrochen seien.“

Dies beruht auf Unwahrheit, ich habe lediglich vier Arbeiter entlassen, weil sie gegen die Arbeitsordnung, und zwar gegen § 6 derselben dadurch verstoßen haben, daß sie ohne mein Vorwissen die Fabrik ohne Entschuldigung einfach während der Arbeitszeit verlassen haben.“

In Vorstehendem bestätigt die Firma, daß in ihrem Betriebe etwas vorgegangen ist, was die Lohnkommission der Rühnmacher zu ihrer Warnung vor Juzug nach der genannten Fabrik veranlaßt hat. Ob man das als Differenzen bezeichnen will, darüber werden natürlich die Ansichten der Fabrikanten von denen der Lohnkommission abweichen. Den beteiligten Arbeitern wird es nicht schwer fallen, selber zu entscheiden, ob die Warnung der Lohnkommission hinlänglich geworden ist, nachdem die Firma die Ursachen derselben bekannt gegeben hat.

**Der Maurerstreik in Potsdam** ist beendet. Es gelang den Streikenden nicht, ihre Forderungen durchzusetzen, sie haben die Geldentziehung derselben auf eine gelegener Zeit verschoben. Die Unternehmer fühlen sich so sehr als Herren der Situation, daß sie nur solche Maurer einstellen wollen, die aus dem Verband austraten. Kalküllich findet dies brutale Verhalten fast keine Beachtung. Das einfache Nachtgebot der Unternehmer genügt aber nicht, um die Arbeiter zum treulosen Verrat an ihrer Organisation zu veranlassen, und da die Herren ihre Bauten nicht selber fertigstellen können, so bleibt ihnen nichts übrig, als schließlich, wenn auch mit saurem Gesicht, die Organisierten einzustellen.

Die auswärtigen Maurer werden ersucht, Potsdam zu meiden, denn bis jetzt sind die Verhältnisse noch nicht geregelt.

### Deutsches Reich.

**Heizungsmonteur.** Die Firma Schräder Rörting in Hannover will bei den Recordpreisen für Heizungsanlagen 50 Proz. abziehen. Wir ersuchen alle Heizungsmonteur, die Filialen dieser „Weltfirma“ streng zu meiden und besonders den Juzug nach Hannover fern zu halten.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

#### Verwaltung Hannover.

**Auf der Suche nach Arbeitswilligen** befinden sich die Gubener Maurermeister. Sie haben ihre Agenten nach Wöhmen geschickt und lassen daselbst alles anwerben, was sie an Streikbrechern bekommen können. Groß war die Ausbeute bis jetzt nicht. Aus der Gegend von Reidenberg in Wöhmen sind 20 Arbeitswillige nach Gubener gekommen, von denen 7 schon wieder abgereist sind. Während die Gubener Maurermeister ihren bewährten Arbeitskräften nicht mehr als 35 Pf. Stundenlohn zahlen wollen, bieten sie den Streikbrechern, ohne deren Leistungen zu kennen, 40—45 Pf. — Von den 841 Streikenden befinden sich nur noch 103 in Gubener, die übrigen sind abgereist.

**Die Adressenschreiber in Hamburg** beabsichtigen, eine Organisation für diesen Beruf zu gründen. Sie haben deshalb im „Hamburger Echo“ einen Aufruf erlassen, worin die schon öfter geschilderten Missethände im Beruf der Adressenschreiber beleuchtet werden. Die Zahl derer, die in Hamburg ihren Erwerb durch Adressenschreiben suchen, wird auf 400 bis 500 geschätzt.

### Ausland.

**Den Vergleuten des Loiregebietes** war durch den Schiedspruch Jaurès und des Unternehmers Geumer, welcher den Streik von 1900 beendete, eine Prämie zugesichert. Die Vergleuten-Gesellschaft des ganzen Loiregebietes haben jetzt angekündigt, daß die Prämien mit dem 16. August aufgehoben seien; ihr Beschluß stützt sich auf die niedrigen Kohlenpreise. In den nächsten Tagen werden die Vergleuten hierzu Stellung nehmen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß es zu einer Deutung gegen diese Lohnherabsetzung kommt.

**400 Händlilarbeiter in Wenerdberg in Schweden** haben die Arbeit eingestellt, weil die Löhne um 10 Proz. herabgesetzt und die Arbeitszeit verlängert werden sollte.

## Aus der Frauenbewegung.

**Drei Frauen**, Fräulein Helene Simon, die badische Fabrikinspektorin Fräulein Dr. Nischosen und Fräulein Alice Simon sind zu Korrespondentinnen der internationalen Vereinigung für gesetzliche Arbeiterentw. gewählt worden. In Deutschland selber dürfen Frauen bekanntlich nicht Mitglieder politischer Vereinigungen sein.

**Drangsalierung der proletarischen Frauenbewegung in Oesterreich.** Man schreibt uns: Mit vieler Mühe und Ueberwindung vieler Schwierigkeiten ist es gelungen, eine Fachorganisation der Tabakarbeiterinnen zu stande zu bringen. Um rascher Erfolge für die Arbeiterinnen zu erzielen und um dem Unternehmer Staat (die Tabakindustrie ist in Oesterreich Staatsmonopol) mächtiger gegenüberzutreten zu können, hat die zu Pfingsten dieses Jahres stattgefundene Reichskonferenz der Tabakarbeiterinnen beschlossen, einen Reichsverein zu gründen. Die Vorarbeiten wurden gemacht, die Statuten eingereicht, von der niederösterreichischen Staatskanzlei aber — nicht genehmigt. Die Bestimmungen über das Unterstützungswesen für die ledigen Behörde nicht klar. Das ist das neueste Motiv für die Zurückweisung gesetzlicher Statuten in Oesterreich, wo man meint, die Arbeiterbewegung hindern, den Klassenkampf aufhalten zu können. Die Arbeiterinnen werden selbstverständlich nicht zurückweichen sondern alle zu Gebote stehenden Rechtsmittel ergreifen.

## Sociales.

### Erhebungen — nichts als Erhebungen.

Die neueste Nummer des „Ministerialblattes der Handels- und Gewerbe-Verwaltung“ veröffentlicht mehrere Erlasse des preussischen Handelsministers, die sich auf „Arbeiterchutz und Wohlfahrtspflege“ beziehen.

Auf Grund des § 106 b Absatz 2, zweiter Satz der Gewerbeordnung kann die vom Gesetzgeber für Sonn- und Festtage nur in beschränktem Umfange zugelassene Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe durch statutarische Bestimmungen einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes für alle oder einzelne Teile des Handelsgewerbes noch mehr eingeschränkt oder ganz untersagt werden. Nachdem diese Vorkehrung nunmehr 10 Jahre lang in Kraft gestanden hat, will die preussische Regierung darüber genaue Auskunft haben, in welchem Umfange bisher durch solche statutarische Bestimmungen die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe über das gesetzlich vorgeschriebene Mindestmaß hinaus ausgedehnt worden ist.

Nun muß nach einer ministeriellen Ausführungsanweisung dem Handelsminister von einem jeden derartigen Statut ein Exemplar vorgelegt werden. Dies ist aber nur „ganz vereinzelt“ geschehen. Trotz dem mag die preussische Regierung nicht glauben, daß so wenig Kommunalverwaltungen von jener, ihnen im Interesse einer ernsthaften Durchführung der gesetzlichen Sonntagsruhe erteilten Befugnis Gebrauch gemacht haben. Es werden daher die Regierungspräsidenten noch einmal ausdrücklich beauftragt, bis zum 1. Dezember die in den 10 Jahren erlassenen derartigen Statuten der Regierung mitzuteilen und dabei zu berichten, ob der Erfolg solcher Statuten auch noch für andere Gemeinden usw. in absehbarer Zeit zu erwarten ist.

Für Spinnereien besteht seit dem Jahre 1893 die Beschäftigung, daß sie die für jugendliche Arbeiter vorgeschriebene Nachmittagsruhe am Sonnabend sowie am Vorabend der Festtage unter gewissen Bedingungen nicht einhalten brauchen. Diese Befreiung gilt bis zum 1. Januar 1904. Das preussische Handelsministerium will sich jetzt an die Aufgabe machen, zu prüfen, ob den Spinnereien diese Befreiung über den vorgeschriebenen Cebtermin hinaus gewährt werden soll. Nun konnte aber bereits bei den im Jahre 1893 angefertigten Erhebungen ein „allgemeines zwingendes Bedürfnis“ für den Erlaß der Ausnahmegesetzvorschriften nicht anerkannt werden. Aus diesem Grunde erwartet der Handelsminister, daß nunmehr, nach dem Ablauf von nahezu weiteren 10 Jahren, auch die Spinnererei-Industrie mit den bestehenden gesetzlichen Vorschriften auskomme. Falls daher nicht zwingende Gründe für jene Befreiung nachgewiesen werden, wird die Erneuerung der Befreiung nicht in Aussicht zu nehmen sein, zumal auch ohnedies die höheren Verwaltungsbehörden den etwaigen Bedürfnissen einzelner Betriebe Rechnung tragen können. Die Regierungspräsidenten sollen daher binnen vier Monaten nach Anhörung der Gewerbe-Aufsichtsbeamten darüber berichten, ob in ihrem Verwaltungsbezirk besondere Umstände hervorgetreten sind, welche die weitere Gewährung jener Befreiung dringend geboten erscheinen lassen.

Bei den Erörterungen über die Ausdehnung der gesetzlichen Arbeiterchutz-Bestimmungen für Fabriken auf die Werkstätten mit Motorbetrieb ist angeregt worden, daß die Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Gummiwaren-Fabriken auch für die der Anfertigung von Gummiwaren dienenden Motorwerkstätten zur Geltung gebracht werden. Bevor der Minister hierzu Stellung nimmt, will er sich Klarheit darüber verschaffen, ob sich nach den bisherigen Erfahrungen die Bestimmungen in ihrer jetzigen Fassung als ausreichend erwiesen hat. Dem Minister erscheint es nicht ausgeschlossen, daß auch in andern Betriebszweigen, insbesondere in den Bandagenfabriken und den Motorwerkstätten der Bandagisten, ähnliche Beschäftigungen anständiger Art vorkommen, von denen die geschätzten Personen aus sittlichen Rücksichten fernzuhalten seien. So wird in den Jahresberichten der Gewerbe-Aufsichtsbeamten für das Jahr 1901 (Seite 44) mitgeteilt, daß in einer Bandagenfabrik die Beschäftigung von Arbeiterinnen unter achtzehn Jahren mit dem Risiko von Suspensionsrisiko zu Unzulänglichkeiten geführt habe. Es wird ferner zu erwägen sein, ob die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern mit der Anfertigung von sogenannten Pessarien nicht ebenfalls auszuschließen zu unterlegen ist. Hierüber wollen die Regierungspräsidenten die Gewerbe-Aufsichtsbeamten hören und dann ein Gutachten abgeben.

Da sage man noch, daß unsere Socialpolitik stillstehe, während doch über jeden Quark die tiefgründigsten Untersuchungen angestellt werden.

Das Proportional-Wahlssystem zum Gewerbegericht ist nach dem Vorgange in Göppingen auch in Gmund eingeführt worden.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Vom französischen Kulturkampf.

**Chambéry** (Dep. Savoyen), 4. August. (W. T. W.) Zwischenfälle ereigneten sich bei der Schließung geistlicher Schulen in Saint Pierre und Albign. Die von den behördlichen Maßnahmen betroffenen Schulschwestern treffen jetzt aus den verschiedenen Orten des Bezirks hier ein, wo sie von ihren Anhängern lebhaft begrüßt werden. Bei diesen Aushebungen ist es mehrfach zu Schlägereien gekommen.

**Paris**, 4. August. (W. T. W.) Der Bürgermeister und beide Schöffen von Annan sind ihrer Ämter entsetzt worden, weil sie einen Brief veröffentlichten, in dem sie gegen die ministerielle Verfügung betrefis des Vereinsgesetzes protestieren.

**Csanabrad**, 4. August. (W. T. W.) In der Nähe von Jöbendfören wurde an einem 17jährigen Mädchen ein Lustmord verübt. Der Mörder ist gefasst.

**Frankfurt a. M.**, 4. August. (W. T. W.) Der Kassierer eines hiesigen Bankinstituts, Karl Friedrich, hat Selbstmord begangen, nachdem er seine Firma im Laufe einiger Jahre um 30 000 M. geschädigt hatte.

**Leipzig**, 4. August. (W. T. W.) Das acht Jahre alte Schulfädchen Anna Klein wurde heute völlig nadt und in einer Kiste verpackt im Hofe des Grundstückes Solgasschen Nr. 2 tot aufgefunden. Aufgefunden liegt Lustmord vor. Der Täter ist noch nicht bekannt. (Ref. Jg.)

**Zermatt**, 4. August. (W. T. W.) Seit Montag voriger Woche wurde hier ein Gerichtssaal aus Berlin, der seiner Bestimmung zufolge Edelweiss suchen gegangen war, vernichtet. Nach langen vergeblichen Nachforschungen wurde heute beim Durchsuchen der Baumstämme seine zerstückelte Leiche, von der der Kopf abgerissen war, an einer senkrechten Felswand unter dem Hochlicht hängend entdeckt und unter großen Schwierigkeiten geborgen. Er war mehrere hundert Meter vom Hochlicht abgetrennt.

Vandig in Berlin.

Sievan 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

**Berliner Partei-Angelegenheiten.**

**Die Lokalliste für Berlin und Umgegend,** die neu herausgegeben worden ist, ist bereits der Sonntagsnummer unseres Blattes beigelegt worden. Die folgenden Belegzettel, die durch ein redaktionelles Versehen erst in der heutigen Nummer gebracht werden, werden hoffentlich nicht unbemerkt die gebührende Verherrlichung finden. Bei der Wichtigkeit der Lokalfrage erwächst den Parteigenossen die dringende Pflicht, die Lokalliste Freitag zu beachten. Den Sozialdemokraten und Verweigerungen gegenüber, die in Berlin teilweise noch verstreut, in den Vororten dagegen offen betrieben werden, bleibt uns kein andres Mittel übrig, als die Lokalliste; und diese dort, wo nötig, durchzuführen, muß das Bestreben aller Parteigenossen sein. Arbeiter, Parteigenossen, besucht daher bei Ausflügen, Vergnügungen etc. nur solche Lokalitäten, welche auf der Liste verzeichnet stehen. Vor allen Dingen erwächst aber den Vorständen von Arbeitervereinen die Pflicht, beim Abschluß von Festlichkeiten und Partien auf das strengste die neue Lokalliste zu beachten. Die Vorstände wollen in solchen Fällen auch darauf sehen, daß in den Verträgen mit dem Wirt eine Klausel Platz findet, wonach für den Fall, daß das Lokal für Arbeiterveranstaltungen später verweigert werden sollte, der Vertrag seine Gültigkeit verliert. Verschiedene Vorkommnisse der letzten Zeit lassen eine Bestimmung dieser Art dringend notwendig erscheinen. Ebenso ist es Pflicht der Vorstände und Komitees, dafür nach Möglichkeit zu sorgen, daß bei Mehrbedarf an Bedienungspersonal der Stellennachweis des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen „Ortsverwaltung Berlin“ in der Stadtbahn 99, I, Telefon-Amt 3 1813, Berücksichtigung findet. Tut ein jeder seine Pflicht, so kann der Erfolg nicht ausbleiben. Lokale, die keine Säle haben, sind für den Verkehr frei.

**Die Lokalkommission.**

**Achtung, Parteigenossen, Gewerkschaften und Vereine.** Am Donnerstag, den 21. August, abends, finden in Berlin die Partei-Versammlungen zwecks Wahl von Delegierten zur Brandenburger Provinzial-Konferenz und zum Münchener Parteitag statt. Wir bitten, an diesem Tage andre Versammlungen nicht einzuberufen. Die Vertrauensleute.

**Erster Wahlkreis.** Ueber „das kapitalistische System vor Gericht“ spricht Genosse Georg Bernhard heute Dienstag, abends 7/9 Uhr, in einer Volksversammlung in den „Dräselchen Festsälen“, Neue Friedrichstr. 35. Zahlreichen Besuch erwarten. Die Vertrauensleute.

**Zweiter Wahlkreis.** Am Donnerstag, den 7. d. M., abends 8 1/2 Uhr, spricht Genosse Dr. Vordardt über „Arbeitslosen-Versicherung“ in der Wahlvereins-Versammlung bei Habel, Bergmannstr. 67. Die Genossen der Friedrichstadt werden besonders erjudet, diese Versammlung zu besuchen, da uns dort kein größeres Lokal zur Verfügung steht.

**Wahlverein für Mariendorf und Umgegend.** Dienstag, den 5. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Adel, Tempelhof, Germaniastraße; Versammlung. Vortrag des Genossen H. Lammé über den Wert der Bildung. Zahlreicher Besuch erwünscht.

**Der Wahlverein für Nowawes-Neuendorf** hält am Mittwoch, den 6. d. M., seine nächste Versammlung im Lokal von O. Diente, Wallstraße, mit folgender Tagesordnung ab: 1. Geschäftliches. 2. Kommunales. 3. Bericht von der Vorstandssitzung des Central-Wahlvereins. 4. Unser Sommerfest. 5. Verschiedenes.

**Tokales.**

**„Höflichkeit“ freisinnig.**

Dem Berliner Freisinn wird sich nächsten eine neue Gelegenheit bieten, seine bekannte „Höflichkeit“ gegenüber bekrenzten Kreisen in ihrem ganzen Glanze zu zeigen. Der König von Italien kommt nach Berlin — da erwächst dem Magistrat unserer Reichshauptstadt und der freisinnigen Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung wieder einmal die angenehme Pflicht, Ehrenposten zu bauen, am Brandenburger Thor anzutreten, Dienerchen zu machen usw.

Die Freisinnsmänner werden sich zweifellos auch diesmal nicht lumpen lassen; sie werden die dankbare Aufgabe, die ihnen hier gestellt ist, wieder mit bewährter Eleganz

lösen, schon werden, so meldet eines Ihrer Blätter, im Schoße der städtischen Körperschaften Erwägungen über das Wie gepflogen. Die Stadtverordneten-Versammlung hat zwar noch bis Ende dieses Monats Sommerferien, aber der Herr Oberbürgermeister wird seinen Urlaub abtürgen und in einigen Tagen nach Berlin zurückkehren, um das Erforderliche zu veranlassen. Er und seine Kollegen im Magistrat werden ja auch ohne die Stadtverordneten-Versammlung wissen, was der Berliner Freisinn seiner Ehre schuldig ist. Im übrigen sind sie des vollen Besahs der freisinnig-patriotischen Stadtverordneten-Mehrheit im voraus gewiß und dürfen mit Sicherheit darauf rechnen, daß ihnen von dieser Seite begehrte Zustimmung zu teil wird, wenn sie hinterher um nachträgliche Bewilligung der angewendeten Mittel eruchen.

Zuher pflegten bei solchen Färsienempfangen die Herren vom linken Flügel des Berliner Freisinn über byzantinisches Gebahren, über Entartung des Kommunalbuzeralismus zu jammern. Heute haben die sogenannten Kommunaldemokraten der „Neuen Linken“ gegen den böhschen Eifer ihrer feindseligen Brüder von der „Alten Linken“ nichts mehr einzuwenden. Seit ein paar Jahren machen sie die Dienerehen lustig mit. Als im Frühjahr 1900 der Kaiser von Oesterreich nach Berlin kam und der Magistrat zu seiner Begrüßung aus dem Steuersädel der Bürgerchaft 50 000 Mark forderte, stimmte nur die sozialdemokratische Fraktion dagegen. Die „Neue Linke“ schloß sich höflich brav den übrigen Fraktionen der Versammlung an und erklärte durch ihren Vorsitzenden, daß sie „diesen Akt durchaus nicht als einen byzantinischen auffasse, sondern lediglich als einen Akt der Höflichkeit gegenüber einem befreundeten Fürsten“. Die „Höflichkeit“ kostete den Steuerzahler nicht 50 000 M., sondern beinahe 100 000 M., aber auch gegen die Mehrzahl hatte die „Neue Linke“, als nachher vom Magistrat die Rechnung präsentiert wurde, nichts einzuwenden. Als dann im Sommer 1901 die junge Königin der Niederlande ihre Vermählungswisite in Berlin machte, ging der linke Flügel des Berliner Stadtfreisinn in seiner Arbeit noch einen Schritt weiter. Unter den ehrenwertesten Stadtvätern, die am Brandenburger Thor zur Begrüßung antraten, sah man auch den Vorsitzenden der „Neuen Linken“. Die unvermeidlichen Photographen, die solche weltbewegenden Ereignisse für Scherl-Blätter, Sudkästen, Panoramen usw. festzuhalten pflegen, haben dafür gesorgt, daß auch der „Mannesstolz“ dieses Führers der „Kommunaldemokraten“ in Hilde verehrt worden ist und verdientermaßen auf die Nachwelt kommen wird. In der Passage steht ein Gustkasten-Automat, in dem seine demütig entblöhte Blage gegen Einwurf eines Nickels betrachtet werden kann.

Was man diesmal erfinden wird, um den fürstlichen Gast mit gebührender „Höflichkeit“ zu empfangen — ob ihm ein paar freisinnige Stadtväter den Wagenhalschlag öffnen oder den Steigbügel halten oder was sonst für einen Dienst sie ihm erweisen werden — wer kann das wissen! Aber welcher Art dieser neueste „Akt der Höflichkeit“ auch sein möge: als byzantinisch sagt ein Freisinniger solche Akte nicht auf.

„Nein Engel ist so rein“, wie — der Berliner Magistrat. Wenn's allein nach ihm ginge, bekämen die Volksschullehrer die höchsten Gehälter. So ähnlich steht's zwischen den Zeilen zu lesen in einer Mitteilung, die magistratsbürokratisch als Antwort auf unsre Notiz „Berlin das größte ostelbische Dorf“ verbreitet wird. Der Magistrat sei für die geringe Höhe des auf dem Rieselgut Diederdorf gezahlten Lehrergehaltes nicht verantwortlich. Er habe das Gehalt erhöhen wollen, aber er habe nicht allein darüber zu bestimmen, und die Schulgemeinschaft Diederdorf habe seinen Antrag abgelehnt. — Diese Auslassung hat, soviel wir sehen haben, den Beifall nur eines einzigen Blattes, der „Vollständigen Zeitung“ gefunden. Von der gesamten übrigen Presse ist sie in den Papierkorb befördert worden. Selbst die freisinnigen Blätter sind, von dieser einen Ausnahme abgesehen, nachgerade zu der Erkenntnis gelangt, daß mit dem Versuch, den Magistrat von Berlin bezüglich der Gehälter der Rieselgut-Lehrerstellen in Schutz zu nehmen, nicht viel Ehre einzulegen ist. Wäre es dem Magistrat ernsthaft darum zu thun, die Gehälter dieser Lehrstellen auf eine Berlin würdige Höhe zu bringen, so würde er ja wohl auch trotz des Widerstandes der betreffenden Schulgemeinschaften einen Weg zu finden wissen, auf dem sich das erreichen läßt; aber er will eben nicht!

**Der Fall Ackermann** harret nach wie vor der Aufklärung. Eine amtliche Exhumierung der Leiche ist leider nicht angeordnet worden, vielmehr ist es der Witwe überlassen, die nötigen Schritte in

dieser Angelegenheit selbst zu thun. Was das bedeutet, weiß jeder, der die zu überwindenden Schwierigkeiten bei derartigen Sachen kennt. Thatsächlich ist der Frau denn auch bis jetzt noch keinerlei Mitteilung darüber zugegangen, ob die Ausgrabung stattfinden kann oder nicht. Jeder Tag der Verzögerung der Exhumierung bedeutet aber eine Verschönerung der beabsichtigten Feststellungen. Verwunderlich ist nur, daß die Staatsanwaltschaft sich hierbei so passiv verhält. Wie oft wird von dieser Seite die Beschlagnahme oder Exhumierung von Leichen angeordnet, selbst in Fällen, die an sich mitunter recht harmlos liegen, und hier, wo man es wirklich mit dem ährst rätselhaften Tode eines Menschen zu thun hat, geschieht nichts. Das begreife, wer kann.

**Die Irrenanstalt Herzberge** hat sich anlässlich des Falles Ackermann einer zwar recht weitgehenden, leider aber wenig rühmlichen Aufmerksamkeit zu erfreuen gehabt. Allgemein wurde das Verhalten der Anstaltsleitung in dieser Sache als eine grobe Nachlässigkeit empfunden. Unordnung und Nachlässigkeit scheinen dort aber nicht nur vorübergehend aufzutreten, sondern überhaupt an der Tagesordnung zu sein, wie durch folgenden Vorfall bewiesen wird. Am Mittwoch, den 23. Juli wurde der Bildhauer Mollenhauer aus dem Krankenhause am Urban nach der Irrenanstalt Herzberge überführt. Von hier aus schrieb M. an seinen Freund und Berufscollegen U. und bat um dessen Besuch. Dieser machte sich am Sonntag, den 27. denn auch zur festgesetzten Sprechstunde auf den Weg nach Herzberge. Wie erkannte er aber, als er im Bureau der Anstalt auf seine Anfrage den Bescheid erhielt: „Hier ist kein Mollenhauer!“ — Er vertief sich auf den Brief des Kranken, der das Signum der Anstalt trug, und bat, man möge ihn den zweiten Weg doch nicht nutzlos haben machen lassen — vergeblich, der Bureaubeamte gukt nochmals in das Namensregister und mit den Worten: „Ich sage Ihnen, hier ist kein Mollenhauer.“ war der Besucher endgültig abgewiesen. Mit seinen eignen Gedanken beschäftigt, geht U. hierauf zur Schwester des Kranken und teilt ihr mit, daß ihr Bruder angeblich überhaupt nicht in Herzberge sei. In begrifflicher Erregung schrieb dieser sogleich an den Direktor der Anstalt, denselben um Aufklärung bittend. Am nächsten Tage ging denn auch dessen Antwort ein, die dahin lautete, daß der Bildhauer M. thatsächlich am 23. Juli in die Irrenanstalt eingeliefert worden sei. Man vergegenwärtige sich nun: Am Mittwoch wird der Kranke eingeliefert, und am Sonntag — also am vierten Tage nach der Einlieferung — weiß man im Bureau der Anstalt überhaupt noch nichts davon, ob ein Zugang an Kranken erfolgt ist oder nicht! Das nennt die Welt: Ordnung! Alle Achtung! — Wie, wenn der Mann nun in dieser Zeit gestorben wäre? Dann hätte man ihn wahrscheinlich einfach verscharrt wie den Ackermann, und seine Angehörigen hätten womöglich auch erst danu etwas davon zu wissen bekommen, wenn er schon halb vermodert gewesen wäre. Jedermann wird zugestehen müssen: In der Irrenanstalt Herzberge herrschen unhaltbare Zustände. Es ist wirklich die höchste Zeit, daß hier einmal gründlich Remedur geschaffen wird.

**Enquete über die Arbeitszeit im Fuhrwerksbetriebe.** Eine Bekanntmachung des Berliner Polizeipräsidiums teilt mit: Am 8. August d. J. werden zum Zwecke von Ermittlungen über die Arbeitszeit der in gewerblichen Fuhrwerksbetrieben beschäftigten Personen für alle in Berlin vorhandenen Betriebe des Fuhrgewerbes, in welchen mehr als 20 Hilfspersonen im Fahr- oder Stadtdienst beschäftigt werden, sowie für die übrigen, gewerblichen Hilfspersonal im Fahr- oder Stadtdienst beschäftigten Betriebe des Fuhrgewerbes, welche in den Bezirken des 8., 37., 58., 69. und 101. Polizeireviers liegen, Fragebogen zur Ausgabe gelangen, und zwar für die Hälfte der Betriebe an die Arbeitgeber, für die andre Hälfte an je einen Arbeitnehmer. Die Scheidung der Betriebe zu diesem Zwecke geschieht in der Weise, daß die Betriebe mit mehr als 20 Hilfspersonen unter einander und die übrigen Betriebe innerhalb eines jeden der vorerwähnten Revierbezirke in die Reihenfolge gebracht werden, welche der alphabetischen Reihenfolge der Anfangsbuchstaben ihrer Firmen entspricht, und daß alsdann bei der ersten Hälfte dieser Reihen die Fragebogen den Arbeitgebern, bei der zweiten den Arbeitnehmern zugewiesen werden. In Betrieben mit mehreren Arbeitnehmern haben die letzteren sich darüber zu einigen, wer von ihnen den Fragebogen behufs Verantwortung in Empfang nehmen soll. In Ermangelung einer solchen Einigung wird der Fragebogen dem schon am längsten im Betriebe thätigen Arbeitnehmer ausgehändigt werden. Die Fragebogen werden am 15. August d. J. wieder abgeholt werden. Ich ersuche, sie bis dahin mit größter Sorgfalt auszufüllen.

**Neue Reise-Eindrücke aus Rußland.**

Ich fuhr von Warschau nach Moskau. Es war Mitte Juli. Der reichliche Regen dieses Sommers machte den Boden fett. Die Gegend war in ein laftiges Grün gekleidet. Es war ein ganz andres Bild wie im Frühling 1899, als ich durch die gleiche Gegend reiste, um das Hungergebiet zu erreichen. Damals war es eine große Sandwüste — Staubwolken erfüllten die Luft, legten sich auf Haut, Flur und Wald, und trotzdem die Doppelfenster der Eisenbahnwagen heruntergelassen waren, sahen wir alle aus, als wenn man über uns einen Sod-Mehl ausgeschüttet hätte. Jetzt war die Luft spiegelrein und der leichte Windhauch brachte durch das offene Fenster den würzigen Geruch des abgemähten Grases und die feuchte Wärme des Waldes.

„Ist das Wetter gut, so gedeiht bei uns — das Unkraut!“ Also ließ mein Compagnon vernehmen, ein russischer Gaudibegier. Die Landjunker haben in der ganzen Welt einen dicken Jugh. Ihre Rede ist scharfzüngig. Sie kennen keine Klancen. Wenn aber erst die russischen Agrarier schwarz malen, so gebrauchen sie gleich das Zerkwürchen, an dem sie sonst die Wagenräder schmirren.

Die Kornfelder waren gewiß sehr unrein. Stellenweise glichen sie mehr einem Gestrüpp, als einem Getreidefeld. Doch mehr als das überraschte das an das westeuropäische Landbild gewohnte Auge der schwache, spärliche Palmwuchs. In Mitteldeutschland stand um diese Zeit der Weizen übermannshoch, die schwere Frucht neigte die dichten, undurchdringlichen Palmreihen, und das Ganze war ein wogendes gelbes Meer. Schon das östliche Deutschland fiel demgegenüber erwallig ab. Disprechen ist nun gewiß kein Paradies, aber im Vergleich zu Rußland ist es ein hoch kultiviertes Land. Gleich auf der andren Seite der Grenze, hinter der Schängellinie, die — je 200 Schritt Distanz von Mann zu Mann — das Jorenreich vor Westeuropa bewahrt, beginnt der Unterschied. Armelige Felder, und auch diese ährst selten. Endloses Doldland, mit Gras und Gestrüpp bewachsen, wilde Weiden, viel, seltener schon Wiesen. Je mehr man in das Innere des Reiches dringt, werden die Kornfelder dünnflüger, wogegen die Wiesen verschwinden.

Als ich etwa eine Woche später durch die gleiche Gegend zurückfuhr, war man schon hier und da ernstig daran, das niedrige, spärliche Korn abzumähen. Tugend eine kleine Parzelle wurde von zwei langen Reichen Frauen, die sich parallel gegenüberstanden, in Angriff genommen. An einer Ecke des Feldes ein Aufseher zu Pferde. Die sich einander langsam nähernden Reichen in bunten Kleidern — rot, blau, gelb — boten ein pittoreskes Bild, zugleich, in dem angestaltigen Mißverhältnis zwischen der Zahl der Arbeitenden und der Arbeitsfläche, ein Bild der Schwäche.

Wie 1899, sah ich auch diesmal abgerissene Strohdächer und verfallene Hütten. Der Ruin der Bauernwirtschaft hat sichlich weitere

Fortschritte gemacht. Auf den Weiden sieht man kaum noch He und da magere Viehherden. Und gar kein Jungvieh. Das ist auch das Geheimnis der spärlichen Ackerfelder: ohne Vieh konnte der Bauer das Feld nicht bestellen.

Vielfach fehlte dem Bauer auch die Ackerkraft. Der schon erwähnte Gaudibegier erzählte mir, daß ein guter Freund von ihm im Auftrage der Regierung voriges Jahr 15 Millionen Rub Getreide, dieses Jahr 12 Millionen Rub nach Sibirien verschifft habe. Das Getreide war bestimmt, um der Hungernot in Sibirien abzuhelfen; aber in den Gegenden selbst, wo dieses Getreide zusammengekauft wurde, herrschte eine furchtbare Hungernot.

„Ja, weiß nicht, wie es bei Ihnen in Westen wird; wir aber in Rußland stehen vor großen Ereignissen; das dauert nicht mehr lange, es geht nicht mehr weiter.“ Damit schloß der verbitterte russische Agrarier seine Ausratungen. Ich möchte es ihm gern glauben!

Im Restaurationswagen traf ich mit einem russischen Industriellen zusammen. Im Gegensatz zum Gaudibegier, dessen ganze breite und sichere Art des Auftretens den Urslawen verrät, deuteten beim Fabrikanten eine gewisse quersidberne Beweglichkeit und eine orientalische Härzung der Phantasie auf ein andres nationales Temperament. Der Mann war voll rosigter Hoffnungen. Er habe vor etlichen Jahren eine Maschinenfabrik mit 46 Mann gegründet, jetzt beschäftige er 180 und habe alle Hände voll zu thun. Besonders des Lobes voll war er auf die Regierung. Er erzählte folgendes, das allerdings seine Sympathien für die Regierung sehr erklärlich macht: Die Regierung gewähre den Landwirten Kredit zur Anschaffung von Maschinen; wenn also ein Landwirt, der eine derartige Kreditbewilligung besitzt, sich Maschinen anschafft, so bezahlt für ihn die Regierung sofort in barem Gelde, um dann später von ihm in kleinen Raten den Betrag zu erheben; der Fabrikant hat es also nur mit der Regierung zu thun und ist selbstverständlich mit dem Geschäft sehr zufrieden. Die russische Industrie, behauptete dieser russische Maschinenfabrikant, könne jetzt alles selbst produzieren, ebenso gut wie das Ausland, sie brauche das Ausland nicht, wenn erst in Rußland höhere Industriezweige eingeführt werden, dann werde man mit dem Auslande schnell fertig werden. Wenn wir jetzt in Rußland Fabriken bauen, so verstehen wir sie gleich bis in die kleinsten Details mit neuesten Einrichtungen; die Fabrikanten im Auslande aber können doch nicht gleich ihre sämtlichen Maschinen zum alten Eisen werfen. Eins freilich fehlte noch der russischen Industrie: der intelligente Arbeiter. — es mangelt an Volksschulen. Trotzdem träumte der gute Mann sogar von einem russischen industriellen Export nach Westeuropa. — Aber, wenn Sie — fragte ich — sicher sind, die Konkurrenz mit dem Ausland

aufnehmen zu können, wozu brauchen Sie dann höhere Industriezweige? — „Wir brauchen den Absatz — antwortete er —, der Markt muß uns gesichert werden, erst dann können wir billig produzieren.“ Auf meine Vorbaltungen, daß erst die billige ausländische Einfuhr den russischen Markt geschoffen habe, daß Rußland nie in die Lage gekommen wäre, eine Maschine zu gebrauchen, wenn es von Anfang an selbst diese Maschine hätte produzieren müssen, daß auch jetzt die russische Maschinenindustrie ohne die ausländischen Werkzeugmaschinen nicht existieren könne und daß eine Monopolisierung des inländischen Marktes nicht zu einer Verbildung, sondern zu einer Vertenerung der Produktion führen werde, wußte er keine Antwort.

Am das Bild zu vervollständigen, will ich hier noch eine Unterredung angliedern, die ich unter andren Umständen mit einem höheren russischen Offizier geführt habe. Dieser erzählte erst von einem Vorfall, der kürzlich in Warschau passierte. Auf dem Übungsplatz der Artillerie gab ein Geschütz einen Fehlschuß und tötete und verwundete mehrere Personen von den Zuschauern. Wie kam denn das? Das Geschütz war erst auf feste Ziele gestellt. Wätzlich kam das Kommando, auf bewegliche Ziele zu schießen. Man vergaß aber, das Visier auf ein näheres Ziel zu richten. Niemand sah nach, das Geschütz rüde vor, der Schuß trachte und traf weit über die geschätzte Linie hinaus. Um diese herum sammelt sich aber hundentlang eine Menge armer Leute, die auf das Schußsignal warten, um sich auf das Feld zu stürzen und die Trümmer der Geschosse zu sammeln — für diese zahl nämlich die Armenverwaltung einen bestimmten Preis. Da rüß denn das Geschütz gleich einen Haufen Menschen nieder. „Im Kriege ist es egal, da schießt man auf den Feind, ob es nun weit trifft oder nahe, es trifft den Feind; und trifft es überhaupt nicht, so ist es auch kein Schaden, im Frieden aber ist es anders!“ Eine Lehre, die man auch anderwo zu beherzigen hätte.

Darüber befragt, ob es denn nicht immerhin für das Militär ein peinliches Gefühl wäre, wenn es gelegentlich gegen einen Volksaufstand vorzugehen hätte, antwortete der Offizier, daß das bis jetzt doch eigentlich nur Sache der Kosaken war. Immerhin sei ihm ein Fall bekannt, wo es zu gewissen Reibereien zwischen der Zivil- und der Militärbehörde kam. Die Militärbehörde beklagte sich darüber, daß die Militärbehörde lange künnte, ihrem Verlangen nach bewaffneter Macht Folge zu leisten, die Militärbehörde aber behauptete, daß dieses Verlangen überhaupt überflüssig war. Gegenüber den aufständischen Bauern im Gouvernement Pskowa habe man allerdings Militär anwenden müssen. Uebrigens habe sich herausgestellt, daß die Bauern zum Teil mit Militärrevolvern bewaffnet waren. So haben wir denn wieder das alte Bild des Jarenreichs: die untergehende Landwirtschaft, die aufstehende Industrie und die Anarchie der politischen Zustände. Parvus,

Eine zweite große Protestaktion gegen die Synodalbeschlüsse und die sich darauf gründenden Vorzüge zur Gasthausreform wollen die Berliner Gastwirtevereine im Laufe des Monats September veranstalten. Es soll besonders dagegen Verwahrung eingelegt werden, daß man die Zahl der Schankstätten rein schematisch, ohne Rücksicht auf das wirklich vorhandene Bedürfnis beschränken will. Zu dem gegenwärtigen Entwurf ist bekanntlich beantragt, in Städten unter 50 000 Einwohnern künftig nur eine Schankstätte höchstens auf 200, in Städten über 50 000 eine Schankstätte auf 500 Seelen zuzulassen. Bei Durchführung dieses Vorschlages müßten nahezu drei Viertel der Berliner Gastwirtschaften geschlossen werden, da in der Reichshauptstadt 19 180 Schankstätten, je eine auf 133 Einwohner vorhanden sind. Dabei weist Berlin noch nicht die verhältnismäßig höchste Schankstättenziffer auf, da zum Beispiel in Hamburg ein Ansthan auf nur 128, in Bremen gar nur auf 113 Einwohner kommt. Daneben gilt die Opposition der Gastwirte besonders der geplanten Beschränkung der Konzessionsdauer, sowie dem zwangsweisen Schluß der Lokale in den Kirchenstunden an Sonn- und Festtagen und in der Zeit vor 6—8 Uhr morgens.

Ein fauberes Ehepaar konnte in der Nacht zum Sonntag wegen Weisfälle zu Verbrechen gegen die Sittlichkeit und wegen gewerbsmäßiger Kuppelerei von der Polizei aus der Wohnung heraus verhaftet werden. Die Handelsmann W. und sein Eheleute waren zu der Ueberzeugung gekommen, daß es etwas Besseres geben müßte, als sich durch Arbeit mühsam zu ernähren. Sie mieteten sich in der Müllerstraße eine Wohnung, um sie für Liebespaare mit großem Gewinn herzugeben. An männlicher Kundschafft fehlte es nicht. Um nun hübsche Mädchen zu beschaffen, suchten sie Tanzbühnen auf, befremdeten sich mit ihren Opfern, verschleppten die Ahnungslosen in die Wohnung zu den Männern und legten selbst Hand mit an, um den Widerstand der überlisteten Geschöpfe zu brechen. Anzeigen wurden aus Scham nicht erstattet, aber nach und nach kam der Polizei etwas zu Ohren. Auf Grund von Beobachtungen konnten endlich am Sonnabend zwei Mädchen erwischt werden, die bekundeten, daß ihnen unter Mitwirkung der Eheleute Gewalt angethan sei. Das führte zur Verhaftung. Die Wohnung wurde beschlagnahmt.

Der Buchhalter Ulrich von der städtischen Sparkasse hat bei seinen bisherigen Verrechnungen die Rechnung seiner Mitschuldigen verweigert. Er behauptete zuerst, Mitschuldige überhaupt nicht zu besitzen, gab aber später zu, daß von ihm Verantragte das Geld von der Sparkasse abgehoben haben. Die von U. veruntreute Summe, welche sich übrigens nur auf 8000 M. bezieht, hat der Buchhalter auf Rennbahnen und beim Spiel verloren.

Ein vielseitiges Diebes- und Liebespaar wurde von der Kriminalpolizei hinter Schloß und Riegel gebracht. Dem Großkaufmann W. Müller aus Südafrika wurden zur Nachtzeit aus einem Zimmer, während er sich im Nebenzimmer befand und alle Türen verschlossen waren, eine Brieftasche mit 1000 M. und mehrere Brillantringe gestohlen. Der völlig rätselhaft erscheinende Vorgang wurde der Behörde angezeigt, deren Nachforschungen den folgenden Thatbestand ergaben: W. Müller hatte hier die ihm aus Afrika her bekannte unverschämte Händch gestohlen und ließ sich auf ihren Vorschlag bestimmen, in einem Privathotel der Friedrichstraße zwei nebeneinander liegende Zimmer zu mieten. Ein drittes anstößendes Zimmer hatte W. William Welsh inne, der als der Geliebte der Händch erlauft wurde. Diese war die frühere „Brant“ eines hiesigen sehr angesehenen Finanz-Aristokraten, wurde von ihm nach Verdingung des Brantstandes mit einer größeren Summe abgefunden und wollte nun ihr Glück in Südafrika versuchen. Dort lernte sie Welsh kennen, der in Pretoria vor Ausbruch des Krieges eine Wozersöhne leitete. Er war von England eingewandert. Welsh gab die Schule auf, verbrauchte mit der Händch das Geld, nahm dann an dem Krieg teil und kehrte schließlich mit der Geliebten dem schwarzen Erbteil den Rücken, um wieder in Berlin aufzutanken. Die H. hatte sich bei W. Müller befunden, der seiner Gewohnheit gemäß W. und auch seine Ringe abgelegt und die Brieftasche sorglos auf einen Tisch geworfen hatte. Die Händch hatte ihn auf kurze Zeit in das zweite Zimmer gezogen. Als beide zurückkehrten, war der rätselhaft Diebstahl geschehen. In Frage kamen nur Welsh und die Händch, zumal da die Verbindungstheorie zwischen den beiden Wohnungen nur von der Welshs Seite abgeschlossen war. Verdächtig wurde W. dadurch, daß ein Schrank, der in seinem Zimmer vor der Verbindungstheorie stand, nicht genau an derselben Stelle stand als vorher, und daß ein Stückchen des Vorhanges in die Thür eingeklemmt war. Dagegen wies er nach, daß er die Nacht hindurch in einer Bar mit einer ganz kurzen Unterbrechung gefessen und angetrunken fortgegangen war. Trotzdem wurden beide festgenommen. Eine Durchsuchung ergab nichts. Als W. noch einer gemeinschaftlichen Vernehmung hinausgeführt wurde, säßte er der Geliebten etwas zu. Dies wurde bemerkt, und bei wiederholten Verhören räumten beide den vorher verabredeten Diebstahl ein. Zu seiner Ausführung hatte der kurze Zeitpunkt genügt, während welcher W. sich aus dem Lokal entfernt hatte. Die Wente hatte er hinter einen öffentlichen Schanklokal in der Charlottenstraße gesteckt, um sie später abzuholen. W. ist ein bereits bestraffter Mensch und hat auch noch ein Conto zu begleichen.

Aus Gram über den Tod ihrer einzigen Tochter hat sich am Sonnabend die 43 Jahre alte Witwe Franziska Laube am Stralauerplatz 15 mit Morphium vergiftet. Seit dem vor vier Jahren erfolgten Tode des Mannes ernährten sich Mutter und Tochter durch ihre Handarbeiten, die ihnen ein gutes Auskommen sicherten. Die Tochter folgte dem Vater im Monat Februar nach einem kurzen Leiden. Darüber hat sich Frau Laube nicht zu beruhigen vermocht. Nachdem sie das lebensgroße Bild der Tochter neben sich aufgestellt hatte, tötete sie sich in ihrem Bette. Auf einem Zettel vermachte sie vorher der St. Georgen-Gemeinde 1000 M. zur Pflege und Erhaltung des eigenen und des tochterlichen Grabes. Außerdem schenkte sie einer Reihe von Bekannten Ankeren aus der Händch. Die Polizei hat das in zwei Sparkastenbüchern angelegte Geld vorläufig beschlagnahmt und die Wohnung verhöhlen lassen.

Das Opfer der großen Bootskatastrophe auf dem Zentener See, bei welcher bekanntlich neun Segelboote kenterten, der Handlungsgeliebte Moses, wurde gestern auf dem Jüdischen Begräbnisplatz in Weihenfeue beigesetzt. Moses ist nicht, wie die Obduktion der am Donnerstag gelandeten Leiche ergeben hat, ertrunken, sondern einem Herzschlag erlegen.

Der 20jährige Knabe Moses war bei der Bootsahrt von einem 16jährigen Handlungsgeliebten, der in demselben Geschäft lernt, in welchem M. angestellt war, begleitet. Als das Fahrzeug kenterte, befand sich sofort ein Rettungsboot in seiner Nähe, dessen Insassen sich bemühten, Moses aus dem Wasser zu ziehen. Der Kaufmann widersetzte sich jedoch diesen Bemühungen, und schwamm mit der Aufforderung, nur den Lehrling zu retten, welcher Nichtschwimmer sei, dem Ufer zu. Als die Vergung des jungen Mannes gelungen war, M. schon weit von dem Boot entfernt und hatte bis zum Lande nur noch etwa fünfzehn Meter zurückzulegen, so daß man auch ihn in Sicherheit glaubte. In einer Entfernung von zehn Metern vom Ufer aus verschwand Moses plötzlich in den Fluten. Wie bereits erwähnt, hatte ein Herzschlag seinem Leben ein Ende gesetzt. Nach einem Gerücht soll bekanntlich noch eine zweite Person bei den Unfällen auf dem Zentener See den Wassertod gefunden haben. Nicht weniger als neun Familien, welche Angehörige vermissen, haben bei den zuständigen Behörden Nachfragen gehalten, doch gewinnt es immer mehr den Anschein, daß sich die Jungen jener Katastrophe getret und der Unfall erfreulicherweise ein zweites Opfer nicht gefordert hat.

Ertrunken ist am Sonntagvormittag bei der Abtei Treptow eine zwanzigjährige Dame, welche mit ihrem Begleiter, einensgleichaltrigen Seminaristen, auf der Spree in einem Ruderboot fuhr.

Der Dampfer „Lybia“ brachte das Boot zum Kentern. Während es gelang, den Herr zu retten, geriet die Dame unter den Kiel des Dampfers. Die Enttrenten stand unmittelbar vor dem Lehrereingegangen.

Aus Furcht vor dem Irrenhause hat die 43 Jahre alte Frau Käthe P. aus der Wilhelmstraße 21 am Sonntag Hand an sich gelegt. Das Ehepaar hatte mit den drei Kindern im Alter von 9 bis 14 Jahren einen Auszug verabredet, und der Vater war mit dem Sohne bereits am Vormittag vorausgefahren. Die Mutter mit den beiden Töchtern sollte am Nachmittag folgen. Frau P. schickte indes die Kinder allein, sie selbst blieb zu Hause. Bei der Heimkehr am Abend wurde sie von den Kindern und dem Manne in der Stube als Leiche angetroffen. Sie hatte den Kronleuchter abgenommen, an dem Hals eine Zunderschnur befestigt und sich mitten im Zimmer erhängt. Der Tod war schon mehrere Stunden vorher eingetreten. Frau P. zeigte seit längerer Zeit kleine Zeichen von Verfolgungswahn. Ihr Zustand verschlimmerte sich immer mehr und sie war selbst überzeugt, daß ihre Ueberführung nach einer Irrenanstalt schließlich unausbleiblich sein werde. Nach eignen Aeußerungen wollte sie aber lieber vorher aus dem Leben scheiden, und hat diese Absicht gestern ausgeführt.

Im Dienst verunglückt ist am Sonnabend der Schuttmann Prowisch aus dem 68. Polizeirevier. Während er Strafendienst hatte, stürzte ein einpänniger Geschäftswagen, dessen Pferd durchging, von der Prenzlauer Allee her auf ihn zu. Nachdem der Kutcher am Prenzlauer Thor von dem Gefährte auf die Straße gestiegen war, fiel der Beamte dem Pferd in die Fessel und brachte es glücklich zum Stehen. Er konnte aber nicht hindern, daß er von dem Scheerbaum, der sich vom Wagen gelöst hatte, einen Stoß auf die rechte Körperseite erhielt. Der Schuttmann ist zunächst dienstunfähig geworden, der Kutcher mit kleinen Abschürfungen davongelommen.

Aus Verzweiflung vergiftet hat sich der 33 Jahre alte Maurer Franz Döring aus der Mantelstraße, der auf einem Bau nahe der Fendstraße beschäftigt war. Seine aus der Ehefrau und zwei Kindern bestehende Familie befindet sich in einem Krankenhause. Das hatte er sich so zu Herzen genommen, daß er auf der Straße kurz nach Feierabend in selbstmörderischer Absicht Salzsäure trank. Die Polizei brachte ihn nach dem Moabiters Krankenhaus, wo er der Wirkung des Giftes erlegen ist.

Ein Berliner Straßenbild. Eine eigenartige Scene, die eine große Menschen-Ansammlung zur Folge hatte, spielte sich gestern in der Demminstraße an der Brunnenstraße ab. Ein etwa 7 jähriger Knabe passierte, zwei Paete tragend, die Straße. Da sich an dem einen derselben der Windfaden gelodert hatte, setzte er beide Paet an die Erde, um die Schnur wieder in Ordnung zu bringen. In diesem Augenblick ging ein Arbeiter vorbei, welcher eines der Paete an sich nahm und in einen mitgeführten Korb steckte. Auf das Geschrei des Kindes trat eine Frau hinzu, welche den Arbeiter zur Herausgabe des Päckchens aufforderte, was dieser jedoch mit der Erklärung verweigerte, es gefunden zu haben. Während die beiden behaftet paradierten, schloß das Wärfchen an den Arbeiter heran, öffnete, ohne daß dieser etwas bemerkte, den Korb und nahm aus demselben wieder das Paet heraus. Der eigenartige Funder forderte einen hinzukommenden Schuttmann auf, den stehenden „Dieb“ zu verfolgen, und wurde schließlich, da er sich revirent benahm, unter großem Jubel der Angeammelten selbst nach der Polizeiwache geführt.

Ein schwerer Straffall, bei welchem die aufgeregte Menge an dem angeblich Schuldigen Lynchjustiz übte, ereignete sich heute vormittag in der Elbingerstraße. Der in dem Hause Nr. 6 wohnhafte Schulknaabe Max Friedrich spielte an der Vordachswelle und wurde durch einen Wörtelwagen der Firma Weidner aus Stralau umgerissen. Er fiel unter die Räder, die ihn über die Weine gingen. Schwer verletzt wurde der Knabe dem Krankenhaus am Friedrichshain zugeführt. Da der Kutcher, wie Augenzeugen beobachtet haben wollten, geschlossen und somit das Unglück verschuldet hat, wandte sich die Witte gegen diesen und mehrere Kutcher schlugen mit ihren Weisfallen auf ihn ein, bis ein Schuttmann ihn befreite.

Im Apollo-Theater trat der vielgefeierte Robert Steidl nach längerer Gastspiel-Absenkenheit zum erstenmal wieder vor dem Berliner Publikum. Er mimte den famosen Lieutenant Leonidas in Zinckes unverwundlicher Operette „Lyfistrata“ mit gewohnter Verve und erntete endlose Beifallsstürme des vollbelegten Hauses und eine erstklassige Zahl von riesigen Lorbeerkränzen. — Reichen Beifalls erfreuten sich auch die Künstler, welche im Spezialitätenstück des Abends auftraten. Die sechs Sennets mit ihrer buntesten Nummer „Vor dem Affenhaus im Zoologischen Garten“ produzierten ein Non plus ultra fideles Stummstück, der wahre Feiterleitortane entsetzte. Als ein Athletenpaar ersten Ranges bewährten sich Geo Serra und Bella Rosa, die ihre schaumigen Kraftleistungen mit bewundernswürdiger Eleganz ergrütelten. Ueberhaupt ist das augenblickliche Programm ein ganz vorzügliches, das dem Apollo-Theater volle Häuser sichern wird.

#### Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Nachdem das Kind hineingefallen, deckt man den Brunnen zu! Zu dem von uns bereits gemeldeten Unfall an der Endhaltestelle auf dem Victoria Spielplatz in Schöneberg, welcher den Tod des Straßenbahn-Schaffners Brandenburg zur Folge hatte, wird uns noch geschrieben: Die Untersuchung über die Ursachen des Unglücksfalls, die von der Schöneberger Kriminalpolizei geleitet wird, ist noch im Gange, nachdem bereits vorige Woche schon ein Lokaltersmin stottergeben hat. Mit dem Straßenbahnwagen Nr. 2132, der sich auf bisher nicht aufgeklärte Weise in Bewegung gesetzt und den genannten Schaffner beim Umlegen der Kontaktstange gegen den Wagen Nr. 1750 gedrückt hatte, wurden verschiedene Bewegungspuren angefertigt. Eine Fahrlässigkeit des Personals dürfte schließlich zu konstatieren sein, da nach den eigenen Angaben des Fahrers des ersten Wagens derselbe nach seiner Auskaltung bereits gegen zwei Minuten festgehalten hatte, von den Augenzeugen aber keine Bewegung wahrgenommen wurde. Allgemein neigte man vielmehr der Ansicht zu, daß nur durch die erbärmlichen Montageverhältnisse der tödliche Unfall herbeigeführt ist. Ein glattes Manieren der Wagen ist an der Haltestelle gar nicht möglich, da die Oberleitungsdrähte, die dort ihre End erreichen, nicht die gehörige Länge zum Umlegen der Kontaktstange besitzen. Trotzdem die Straßen und Gleisflächen vorhanden sind, wollte die „Große Berliner“ angesehentlich „iparen“. Nachdem nun das Unglück geschehen ist, sind die Leitungsdrähte plötzlich verlängert worden. Man scheint also an jener Stelle diesem Uebel die Schuld mit beizumessen. Uebrigens ist dem zur Rechenschaft gezogenen Beamten das beste Zeugnis seitens der Direktion ausgestellt, derselbe auch weiter in Dienst belassen worden. Der verunglückte Schaffner wurde am Sonnabend unter großer Beteiligung auf dem alten Jüdisch-Apostel-Kirchhof beerdigt. Eine Sammlung für die Hinterbliebenen unter den Kollegen hat gegen 1000 M. ergeben. Außerdem hat, wie wir hören, die Straßenbahnverwaltung sich bereit erklärt, für die Witwe und deren zwei Kinder zu sorgen.

Bau-Unfall. Auf dem Schulhaus-Neubau in der Hohenstaufenstraße in Schöneberg ist am Freitag schon der dritte Unfall passiert. Der Arbeiter D. o. m., Hauptstr. 99 in Schöneberg wohnhaft, bestieg mit einer Last Koll die Leiter zur zweiten Etage. Kurz nachdem er die abgedeckte Kistung verlassen hatte, rutschte er infolge eines Fehltrittes von der Strophe ab und trat mit einem Fuß durch. Hierbei hatte er das Unglück, sich das rechte Schienbein zu brechen. Die Witwe Koll mußte er infolge des Unfalls fallen lassen, glücklicherweise den hinter D. aussteigenden Wasserträger nicht verlegend. D. wurde per Drofsack nach der Unfallstation in der Kollendorferstraße und von da nach Hause gefahren. In diesem Fall ist nicht wie bei den vorigen Unfällen die Bauleitung verantwortlich zu machen, da seit dem letzten Meldungen an dieser Stelle sich vieles gebessert hat.

Aus Nizdorf. Auf dem Neubau Zulastraße 1/2 schwer zu Schaden gekommen ist der Bauarbeiter Johann Dohmann aus der

Rietzenstraße 77. Der Bau wird von dem Baumeister Bachur in Schöneberg, Winterfeldstr. 28, ausgeführt. Beim Hinaufziehen eiserner Träger nach dem ersten Stockwerk wurde Dohmann von einem Träger, der umgedreht werden mußte, getroffen und fiel infolgedessen auf die 1 1/2 Meter tiefer liegende Zwickelöffnung hinab. Er erlitt dabei eine schwere Rückenverletzung und mußte daher nach dem Krankenhaus am Urban überführt werden. — Der in einer Eisenbahnerei beschäftigte Lehrling Jacobi aus der Wallerstraße 17 geriet mit der rechten Hand in eine Presse, wobei ihm 4 Finger total zermalmt wurden, sodah deren Amputation erfolgen mußte. — An der Ecke der Steinweg- und Weisstraße hatten gestern unbefugte Hände den eisernen Dedel eines Konisationshochschloßes aufgedreht und bald hatte sich eine Kinderkugel an dem Konisationschloß verammelt, welche in die Tiefe schante. Glücklicherweise ein noch nicht ermittelter Knabe den Dedel zu, wobei der neunjährige Sohn des Kopsstr. 27 wohnhaften Arbeiters Wajskowski, der eine Hand auf den Rand des Schachtes gelegt hatte, schwer verletzt wurde. Der Dedel gerichteterte dem unglücklichen Kinde nämlich die ganze Hand, sodah es fraglich erscheint, ob dem Kleinen durch ärztliche Kunst dieses Glied wird erhalten werden können.

Kommunalwahl in Lichtenberg! Mit dem Schluß der Session in der Gemeindeverwaltung ist auch die Ruhepause des seit der Hauptwahl zur Gemeindevertretung im März 1901 in Thätigkeit befindlichen Kommunal-Wahlkomitees unserer Genossen zu Ende! Im genannten Zeitraum mußten die Wähler dreimal an die Wahlurnen gerufen werden. Nunmehr ist es den Lichtenberger Gemeindegliedern beschieden, zum viertemal zu wählen.

Nachdem es der Hausbesitzer-Majorität unter Führung der „Freiwilligen“ Plong-Gesellschaft in der Gemeindevertretung gelang, unsere beiden Genossen Kette und Weisflund, weil diese angeblich nicht „wirkliche“ Hausbesitzer seien, hinaus zu schießen, sollen am Dienstag, den 12. August, die Erloswahlen stattfinden! Unseren Genossen ist es gelungen, zwei Hausbesitzer zu finden und sie werden je nun am Donnerstag, den 7. August, in einer öffentlichen Versammlung den Wählern präsentieren!

In den Wählern wird es liegen, ob das eigentliche Vorhaben der Majorität, die Arbeiterkassette noch rechtloser zu machen, als es die Landgemeinde-Ordnung schon thut, gelingen soll. Hoffen wir, daß sich zu den Niederlagen des freiwilligen Klüngels, die hier Schlag auf Schlag folgten, eine neue gesellt!

Eine recht frivole Handlungsweise liegt, wie jetzt festgelegt wurde, dem Beginn der beiden Potsdamer Fischerjöhne zu Grunde, von denen man annahm, daß sie in der Nacht zum Freitag auf der Havel beim Fischfang ertrunken wären, weil man den leeren Fischerfahnen an der Glienider Weide treibend angetroffen hatte. Die beiden jungen Leute, Bruno Ebel und Ernst Wetter, haben absichtlich den Kahn dem Spiel der Wellen überlassen, weil sie dadurch den Aufsehen erwecken wollten, als sei ihnen ein Unglück zugestoßen, während sie die Gelegenheit benutzten, um entweder ins Ausland zu flüchten, oder sich mit einer größeren Summe Geldes, die sich Wetter von der Sparkasse geholt hatte, in Berlin vergnügliche Tage zu machen. Erst nachdem man durch Fischer die Havel hatte abhaken lassen, um nach den angeblich Ertrunkenen zu suchen, wurde bekannt, daß die beiden Fischer, angethan mit ihrem Sonntagsschnitzzeug, in einem Lokal an der Havel gefessen waren, bevor sie verhafteten. Ebel hatte sich wiederholt dahin ausgesprochen, daß er wieder nach Amerika, woselbst er schon einmal gereist war, zurückkehren wollte. Ernst Wetter, der zum Herbst Soldat werden sollte, scheint von Ebel verführt zu sein, mit ihm gemeinsam die Flucht zu ergreifen und zum Zweck der Täuschung die Manipulation mit dem Kahn zu machen.

### Geriichts-Beilage.

Der beleidigte Amtsvorsteher von Zerpenschleuse. Vor der zweiten Ferien-Strofkammer des Landgerichts II. Berlin stand am Montag der Expeditur und Handelsmann Erdmann aus Kienitz bei Zerpenschleuse unter der Anklage der öffentlichen Beleidigung des Amtsvorstehers Seeger von Zerpenschleuse, den er in der Aueise einen Schwindler und Betrüger genannt hatte. Erdmann war vom Schöffengericht Liebenwalde zu vier Wochen Gefängnis verurteilt worden und hatte dagegen Berufung eingelegt. Weide, Erdmann und Seeger, haben im vorigen Jahre durch eine socialdemokratische Versammlung viel von sich reden gemacht. Da die Gastwirte von Zerpenschleuse aus Furcht vor dem Herrn Amtsvorsteher ihre Räume nicht zu Versammlungen von Socialdemokraten herzugeben wagten, so hatte Erdmann sein Grundstück für eine solche Versammlung zur Verfügung gestellt, die nun unter freiem Himmel abgehalten wurde. Der Herr Amtsvorsteher aber hatte, kurz entschlossen, mit einer Musikpelle das Nachbargrundstück besetzt und von hier aus durch den Vortrag patriotischer Lieder die Versammelten auf seine Art zu unterhalten gesucht. Wenn auch die Feindschaft, die zwischen Erdmann und Seeger besteht, nicht erst von jener Versammlung ausgegangen ist, so soll sie durch diese doch zum mindesten verschärft worden sein. Die Beleidigung Seegers hatte das Liebenwalder Gericht namentlich deshalb mit der harten Strafe von 4 Wochen fassen zu müssen geglaubt, weil hier ein mit öffentlicher Autorität ausgestatteter Beamter verunglimpft worden sei. Erdmann versuchte nun vor der Berufungskammer seinerseits den Nachweis zu führen, daß er Grund gehabt habe, den Herrn Amtsvorsteher für einen Schwindler und Betrüger zu erklären. Er spielte auf ein Disziplinarverfahren an, das gegen Seeger eingeleitet worden ist, und brachte ein paar Vorkommnisse aus seiner Amtsführung sowie aus seinem Privatleben zur Sprache. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Köpfer, unterbrach den Angeklagten mit der läßlichen Erklärung, daß er kein Verlangen danach habe, „das ganze Sünderegister des Amtsvorstehers vorzutragen zu lassen“. Es ergab sich indes, daß auf nähere Erörterung der behaupteten Vorkommnisse doch nicht verzichtet werden konnte, weil sich nur von ihnen aus verstehen ließ, wie Erdmann zu seinem heftigen Urteil über Seeger gekommen war. Da ein wichtiger Zeuge fehlte und überdies der von Erdmann geladene Gendarm Bedenken trug, ohne Genehmigung seiner vorgesetzten Behörde über den Herrn Amtsvorsteher Zeugnis abzulegen, so verfiel die Sache der Vertagung. Zum nächsten Termin sollen unter andern auch die Akten des Disziplinarverfahrens gegen Seeger vorgelegt werden.

### Versammlungen.

Die Berliner Jahrsliste des Deutschen Buchbinder-Verbandes hielt am Mittwoch im Gewerkschaftshause ihre Generalversammlung ab. Zunächst erstattete Bräuner den Geschäftsbericht. Im verfloffenen Quartal haben 2 Mitglieder-Verammlungen, eine ordentliche und eine außerordentliche Generalversammlung, 2 kombinierte Sitzungen und 12 Vorstandssitzungen stattgefunden. Von der Thätigkeit der Branden-Vertrauensmänner wurde unter andern folgendes berichtet: Eine Konferenz von Vertretern der Contobuchbinder Deutschlands hat über die Einführung eines einheitlichen Lohns für das ganze Reich beraten. Hier wurde eine Berliner Kommission, die sich mit der Ausarbeitung eines Tarifentwurfs befaßt, gewählt; in der Goldschmittenbranche fanden fünf Kommissionssitzungen statt zwecks Ausarbeitung eines Tarifs. Fast in allen Branchen wird über schlechten Geschäftsgang geklagt. — Die Jahrsliste hatte am Schluß des Quartals 1899 männliche und 142 weibliche, zusammen also 3298 Mitglieder; das ist eine Abnahme um 29 gegenüber dem vorigen Quartal, die aber lediglich durch den schlechten Geschäftsgang verschuldet wurde. Im verfloffenen Quartal sind, was bisher nie der Fall war, mehr Mitglieder abgereicht als zugereicht. —

Dem Kaffe der icht ist folgendes zu entnehmen: Die Abrechnung der Centrallosse weist eine Bilanzsumme von 10 998,00 M. auf. An die Verbandlosse wurden 2000 M. gesandt und für Arbeitslosen-Unterstützung 385,65 M. veranlagt. Die Lokalkasse hatte eine Gesamtsumme von 5161,64 M., eine Ausgabe von 2829,51 M.,



# Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

## Sonntag, den 10. August Dampfer-Partie mit Musik

nach dem am Crossin-See gelegenen Ziegenhals (Sporthaus) auf dem Riesen-Dampfer „Froya“.

**Konzert. Tanz. Spiele im Walde. Verlosung.**  
Abwechslungsreiches Programm. — Abfahrt früh 7 1/2 Uhr von der Jannowitz-Brücke (Schultheiss' Restaurant). Billets à 1,25 M. (Kinder frei) sind zu haben bis Donnerstag, den 7. August, bei Reul, Barnimstr. 42; Gattfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Krause, Müllerstr. 7a; Vogel, Demminstr. 32; Horsch, Engel-Ufer 15, sowie bei den Vorstandsmitgliedern.

## Socialdemokrat. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten).

Dienstag, den 5. August, abends 8 Uhr, Grosse Frankfurterstr. 117:

### Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Schriftstellers Dr. Rudolf Steiner.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch ersucht

Der Vorstand.

## Central-Verband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin, Sektion der Putzer.

Mittwoch, den 6. August, abends 7 Uhr, in den Arminshallen, Kommandantenstr. 20

### Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom II. Quartal 1902.
2. Situationsbericht und „Wie weit ist die Resolution I vom 9. Juli d. J. zur Durchführung gebracht?“
3. Verhandlungsangelegenheiten.

Um zahlreichen und pünktlichen Erscheinen der Mitglieder bitten.

Die örtliche Verwaltung. J. K.: H. Neumann.

NB. Unter allen Umständen ist der Bau Wilhelmshafeners und Quingstr.-Gde. Ausführender Vizeleite, zu meiden.

## Dachdecker Berlins u. Umgegend

Dienstag, den 5. August, abends 8 Uhr,

im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:

### Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

Bericht der Kommission über den Stand unserer Lohnbewegung.

Der Einberufer.

## Verband der Möbelpolierer.

Morgen: Sitzung der Vertrauensmänner.

Für Osten: Abends 7 Uhr Blumenstr. 38.

Südosten: Abends 7 Uhr Klafingerstr. 59.

Norden: Abends 8 1/2 Uhr Brunnenstr. 96.

Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Der Vorstand.

Auf die Erklärung der Firma Rahm u. Herker in Nr. 178 dieses Blattes erkläre ich, daß nicht ich, sondern die Firma Rahm u. Herker die Vereinbarungen nicht eingehalten hat. Ich bin gern bereit, den Beweis dafür anzutreten.

Max Mörschel.

47569

## Anzug-, Paletot-, Hosen-Stoffe.

### Räumungs-Ausverkauf!!!

Die Bestände meines Ladengeschäfts

Spandauerstr. 33/35

werden wegen Aufgabe des Ladens bedeutend unter Preis ausverkauft.

Brenner & Co.

Groß- und Versand-Lager geht: Königsstr. 46 I.

Reste spottbillig.

## Jos. Gremer's Wwe.

Landshut, Bayern.

Erste und Älteste

### Brasiltabakfabrik

Brasilianische Tabak per Pfd. Mk. 170, Mk. 150 und

Mk. 130. Von 6 Pfd. an franco.

Staniole-Päckete zum 10 Pfg. und 5 Pfg.-Verkauf

Beste und vortheilhafteste Bezugsquelle.

**Zwiebusch, Neu!**  
Berliner Schweiz  
(Wojnerberge).  
Jeden Dienstag 2 Uhr: Extrafahrt mit Musik  
der Dampfer-Gesellschaft „Stern“.  
Ein- u. Rückfahrt 50 Pf., Kinder 25 Pf.  
H. Gärtner.

**Etablissement Süd-Ost**  
75 Waldemarstrasse 75.  
Mehrere Sonntage sind noch zur Verfügung zu vergeben.

**Restaurant „Zur windigen Ecke“**  
Alt-Boxhagen No. 56, Ecke Bahnhofstrasse.  
(2 Minuten bis Bahnhof Stralau-Kummelsburg.)  
Die Kegelbahnen sind eröffnet.  
Um geneigten Zuspruch bitten  
Gustav Tempel.

**Dänischen Anker-Kautabak**  
Feinste Marke 5 und 10 Pf.-Schleifen.  
Nur acht, wenn sich im Tabak der Firmenname mit Anker befindet.  
Generalvertreter: C. Röcker, Berlin, Gräner Weg 8. Amt 7, 3881

**Portieren Gardinen Stores**  
in Wolle und Pflanz  
und  
von 1-6 Fenstern  
Reste besond. billig  
im Ausverkauf  
des seit 43 Jahren bestehenden  
Geschäfts von  
A. Löwenthal  
Berlin C.  
Breitestr. 20, Ecke Scharrenstrasse.

**Gänsefedern 60 Pf.**  
pr. Pfund (größer zum Nähen).  
Schlaftefedern, wie sie o. d. Gans  
fallen, mit allen Daunen M. 1,50,  
ältere Feder M. 2,00,  
bessere Gänsefedern M. 2,50,  
3,00, beste idnerweise M. 3,50,  
russische Daunen M. 3,50, weiße  
höhm. Daunen M. 5,00, ge-  
wöhnliche Feder M. 1,50, 2,00,  
2,50, Prima geriffelte M. 3,00,  
3,50, Distanz gegen Nachnahme.  
Gustav Lustig, Berlin S.  
Ecke Weißbierfabrik m. elektr.  
Betriebe. Diele Kartennachschreib.

**Steppdecken**  
billigste in der Fabrik  
Oranien-158  
der Fabrik strasse  
Emil Lefèvre, Berlin  
franco. S.

## Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 5. August, abends 8 1/2 Uhr,

im Lokal von Wwe. Schirm, Badstraße Nr. 19:

### Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Stabsordnenen Fritz Wilke über: Profitliche Wirtse zur Vergütung.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Witze — auch Damen als Zuhörer — willkommen.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, 6. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Köpenickerstr. 29:

### General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht vom II. Quartal.
2. Bericht des Vorstandes des Arbeitvermittlers, der Werkstattkontrollkommission, des Gewerkschafts.
3. Ertragswahlen für die Ortsverwaltung.
4. Wahl des Arbeitvermittlers.
5. Anträge.

Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.

Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

## Modelltischler u. Fabriktschler sow. Modelldrechsler

Dienstag, den 5. August, bei Schmidt, Gartenstr. 13:

### Branderversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Differenzen unserer Kollegen bei Wittmann in Marienfelde
2. Verhandlungsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Die Vertrauensleute werden ersucht, für die Versammlung besonders zu agitieren.

Der Obmann.

## Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5, Telephon Amt 7 Nr. 353.

Mittwoch, den 6. August 1902, abends 8 1/2 Uhr

Konferenz der Vertrauensleute des Ostens

bei Gold, Gr. Frankfurterstr. 133.

Mittwoch, den 6. August 1902, abends 8 1/2 Uhr

Konferenz der Vertrauensleute des Westens

bei Kumke, Hälwstr. 59.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

## Arbeitervertreter-Verein Berlin

Donnerstag, den 7. August, abends 8 1/2 Uhr

### General-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Bericht des Kassierers.
3. Renntwoh des Vorstandes und der Redatoren.
4. Verschiedenes.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen dringend erwünscht.

Der Vorstand. J. K.: G. Warnst.

**Achtung! Bauarbeiter. (Steinträger.)**  
Der Bau Oldenburgstr. 15, verlängerte Oststraße, Unternehmer Thiede ist für organisierte Kollegen gesperrt. — Zutritt ist streng fernzuhalten.  
Die Lohnkommission beider Richtungen.  
J. K.: Karl Heldemann, Hermann Norgel.

# Kleine Anzeigen.

**Verkäufe.**  
Rekoration, voller Schaum, billig  
verkauflich Rühres Schoppen, Heißel-  
straße 79. +31\*  
Gardinenhand Große Frankfurter-  
straße 9, parterre. +37\*  
Herrenanzüge, Paletots, elegante  
Ausführung, geringe Zeitabgabe.  
Ruhberg, Landbergerstraße 13, 12158\*  
Vierzehnjährige elegante Herrenhosen  
aus feinen Stoffen 9-12 Mark.  
Verkauf Sonnabend und Sonntag  
Verkaufhaus Germania, Unter den  
Eichen 21, II. 12428\*  
Weiße Herrenhose, gute Qualität,  
Etwa 95 Pfennig. Bessere Sachen  
enorm billig. Qualitäts, Comptoir  
Kaiserstraße 25A, selbster Varnim-  
straße 4 und 6. Sonntags ge-  
öffnet. (11972)\*  
Teppiche! (schlechte) in allen  
Größen für die Hälfte des Wertes im  
Teppichlager Berlin, Gabelstr. 4,  
Bahnhof Börsen. 11975\*  
Sportbillig Teppiche, Betten,  
Steppdecken, Gardinen, Regulatoren,  
Reparaturen, Leinwand, Kleider-  
straße 6, Teilzahlungen gestattet.\*  
Teppiche mit Farbenlehren  
Fabrikverlage Große Frankfurter-  
straße 9, parterre. +37\*  
Nähmaschinen, sportbillig, Pfand-  
leiche Alexanderstr. 73. 317\*  
Steppdecken billig! Fabrik Große  
Frankfurterstraße 9, parterre. +37\*  
Gartenmöbel, eiserne Tische,  
Stühle, Bänke, billig Röllchen-  
straße 19. 32/1  
Nähmaschinen ohne Anzahlung,  
6 Mark Vergütung, Postkarte, Breit-  
holz, Kramlerstraße 4. 12828  
Nähmaschinen ohne Anzahlung,  
Woche 1,00, vermietet gewesene 12,00.  
Kramlerstraße 60/61, Landberger-  
straße 82, I. 491\*

**Stühle billig.** Stuhllager Kott-  
buserstraße 4. 10435\*  
Damen verkauft Garnitur, Blau-  
saffol, rot und grün, zwei Beistühle.  
Aufgabe eines Pensionats. Wasser-  
straße 32, vorn II. 72/3  
Wenn Sie nicht ablassen, kaufen  
wir nicht! So! Warum denn nicht?  
Na dann sind Sie zu teuer. So!  
Sie haben ja noch gar nicht nach dem  
Preis gefragt. Nun, was kostet denn  
die Hölle? 5 Mark. So, dann passen  
Sie mir Sie ein. Ich habe nämlich  
schon so eine Hölle da. Ich habe  
8 Mark dafür bezahlt und dabei schon  
2 Mark abgehandelt. 10 Mark wurden  
verlangt. So und so ähnlich lauten  
die Unterhaltungen bei Herrmann  
Schieflinger, Hauptgeschäft Thürm-  
straße 85 und im Ausverkauf der  
Abolff Hirschfeldschen Kontor-  
Warenhandlung, 7, Anaben-  
und Gerrenardersoden. 12308  
Sportbillig, Uhren, Nähmaschinen,  
Teppiche, Gardinen, Decken, Gold-  
sachen, Pfandleiche Alexanderstr.  
73. 12996\*  
Zingerringen, Adlermaschinen,  
Pflanzenmaschinen, Angewandten, Vang-  
schiffchen, 15,00 an. Pfandleiche  
Seydelstraße 20/21. 12706  
Kleiderständer, Vertiko, Spiegel-  
ständer, neu, billig, Kottbuserstraße 19,  
Dof IV, Hof. 12726  
Zum Verkauf, Dekoration, Tisch-  
decken mit großem Garten. Woche  
billige Preise. Zu erfragen bei Kauf-  
mann Walter Brigg, Jahnstraße 48.

**Kohlenfreie jahreszeitliche Behand-  
lung.** Rohnzischen, Rohnzische Volks-  
bäder, Gaussestraße 1a. 12072\*  
Fahrräder, Kapseln, Schön-  
hauer über 103a. 119/8\*  
Widwittion! Wer sich über die  
einstufige Graufarbeit unvier Zeit  
unterricht will, verlange die Flug-  
blätter des Weltbundes gegen Widi-  
wittion, welche unentgeltlich versendet  
werden vom Berliner Tisch-  
verein, Königgräberstraße 108. Um  
gütigen Abdruck wird gebeten. 1618\*  
Vereinzimmer. Vier, Mitte Jotob-  
straße 119. 1188K\*  
Vereinzimmer, großes, kleines  
mit Klavier sind zu vergeben Priedow-  
straße 11. 11656\*  
Vereinzimmer empfiehlt Blumen-  
straße 30a. 12226\*  
Vereinzimmer mit Pianino em-  
pfeht Cornubi, Kullenerstr. 51. 12496  
Frauenhaare, laute Winterleide,  
Chausseestraße 121. 12806  
Rechtöbureau, Prozeßbeistand,  
Eingabengefuche, Materieteilung. Fall,  
Drammenstraße vierzig. 11846  
Wohnungen.  
Wohnungen von 1-2-3 Zim-  
mern, Küche, Bad, 17,50, 25,50, 33  
Mark. Vichtenberg, Bergstraße 149,  
Neubau. 12738  
Zimmer.  
Sollzimmer, gut möbliert, für  
1 oder 2 Herren, vermietet Witwe  
Jacoby, Reibergstraße 26, vorn III.  
Arbeitsmarkt.  
Stellengesuche.  
Buchdrucker-Junvalde, 35, schrift-  
gewandt, guter Rechner, sucht Be-  
schäftigung bei beschreibenden An-  
sprachen. Walter, Fischerstraße 12.  
Junvalde Buchdrucker, 41 Jahre,  
welcher nur Junvaldenarbeit bezieht,  
bittet um leichte Beschäftigung. Seher,  
Oranienstr. 200 bei Friedrichs.\*  
Blinder Tischflechter bittet um  
Arbeit. Stühle werden zu dem  
billigsten Preise gekochten, werden  
abgeholt und unentgeltlich zurück-  
geleitet. Adresse: Mulackstraße 27,  
H. Wäfer.  
Stellenangebote.  
Dirigent, für Mittwoch, sucht  
Älterer Gesangsverein, R. d. A. S. D.  
Offerten Charlottenburg, Bismarck-  
straße 34, Bernide. +142\*

**Rechtsöbureau, Prozeßbeistand,**  
Eingabengefuche, Materieteilung. Fall,  
Drammenstraße vierzig. 11846  
**Vermietungen.**  
Wohnungen.  
Wohnungen von 1-2-3 Zim-  
mern, Küche, Bad, 17,50, 25,50, 33  
Mark. Vichtenberg, Bergstraße 149,  
Neubau. 12738  
Zimmer.  
Sollzimmer, gut möbliert, für  
1 oder 2 Herren, vermietet Witwe  
Jacoby, Reibergstraße 26, vorn III.  
**Arbeitsmarkt.**  
Stellengesuche.  
Buchdrucker-Junvalde, 35, schrift-  
gewandt, guter Rechner, sucht Be-  
schäftigung bei beschreibenden An-  
sprachen. Walter, Fischerstraße 12.  
Junvalde Buchdrucker, 41 Jahre,  
welcher nur Junvaldenarbeit bezieht,  
bittet um leichte Beschäftigung. Seher,  
Oranienstr. 200 bei Friedrichs.\*  
Blinder Tischflechter bittet um  
Arbeit. Stühle werden zu dem  
billigsten Preise gekochten, werden  
abgeholt und unentgeltlich zurück-  
geleitet. Adresse: Mulackstraße 27,  
H. Wäfer.  
Stellenangebote.  
Dirigent, für Mittwoch, sucht  
Älterer Gesangsverein, R. d. A. S. D.  
Offerten Charlottenburg, Bismarck-  
straße 34, Bernide. +142\*

**Kautionsfähiger Cigarrenmacher,**  
Handarbeiter für Röhre Berlin ge-  
leitet. Näheres bei L. Cohn & Co.,  
Berlin, Brunnenstr. 24. [47802]  
**Achtung! Achtung!**  
**Elektromonteur.**  
Bei der Firma Paul Har-  
deggen & Co., Gluckstr. 5/6,  
sind abermals Lohnreduktionen vor-  
genommen worden, und befinden sich  
dabei die Elektromonteur im Streik.  
Zutritt ist fernzuhalten. 58/8\*  
Die Lohnkommission.  
**Achtung! Holzarbeiter!**  
Gesperet sind folgende Verhältnisse  
für Tischler, Maschinenarbeiter und  
Vollre:  
H. Schult, Frankfurt 18/19.  
Gumeluth, Dieffenbacher 33.  
Rindel u. Friedrichsen, Hofstr. 43.  
Rindel u. Friedrichsen, Hofstr. 59.  
Herdinand Wolf, Waldemarstr. 27  
und Stephanstr. 6.  
Vogel u. Engbrecht, Köpenickerstr.  
83/3\* Die Ortsverwaltung.  
**Achtung, Töpfer!**  
Den Kollegen zur Kenntnis, daß  
die Firma Schlichte, Rixdorf,  
auf dem von ihr auszubehaltenden Bau  
Rixdorf, Kaputtstraße, sucht Tischler  
ohne Benutzung des Arbeitsnachweises  
einzustellen resp. schon eingestellt hat.  
Die Kollegen sind dringend, Zutritt fern-  
zuhalten. 190/10  
Die Streitigkeiten bei der Firma  
Gebauer dauern unverändert fort.  
Die Kollegen werden auf die heute  
abend im Gewerkschaftshaus statt-  
findende Vertrauensmänner-Sitzung  
nochmals aufmerksam gemacht.  
Der Vorstand  
der Filiale Berlin.

**Rechtöbureau, Prozeßbeistand,**  
Eingabengefuche, Materieteilung. Fall,  
Drammenstraße vierzig. 11846  
**Vermietungen.**  
Wohnungen.  
Wohnungen von 1-2-3 Zim-  
mern, Küche, Bad, 17,50, 25,50, 33  
Mark. Vichtenberg, Bergstraße 149,  
Neubau. 12738  
Zimmer.  
Sollzimmer, gut möbliert, für  
1 oder 2 Herren, vermietet Witwe  
Jacoby, Reibergstraße 26, vorn III.  
**Arbeitsmarkt.**  
Stellengesuche.  
Buchdrucker-Junvalde, 35, schrift-  
gewandt, guter Rechner, sucht Be-  
schäftigung bei beschreibenden An-  
sprachen. Walter, Fischerstraße 12.  
Junvalde Buchdrucker, 41 Jahre,  
welcher nur Junvaldenarbeit bezieht,  
bittet um leichte Beschäftigung. Seher,  
Oranienstr. 200 bei Friedrichs.\*  
Blinder Tischflechter bittet um  
Arbeit. Stühle werden zu dem  
billigsten Preise gekochten, werden  
abgeholt und unentgeltlich zurück-  
geleitet. Adresse: Mulackstraße 27,  
H. Wäfer.  
Stellenangebote.  
Dirigent, für Mittwoch, sucht  
Älterer Gesangsverein, R. d. A. S. D.  
Offerten Charlottenburg, Bismarck-  
straße 34, Bernide. +142\*